

Bezugspreis:

Wöchentlich 10 Pfennig, monatlich 30 Pfennig, vierteljährlich 1 Mark, halbjährlich 1 Mark 75 Pfennig, jährlich 3 Mark 50 Pfennig.

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Holt und Reiz' mit 'Siedlung und Kleingarten' sowie der Beilage 'Unterhaltung und Wissen' und Frauenbeilage 'Frauentimme' erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adressen: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Donnerstag, den 1. April 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Deutschland und der Völkerbundsrat.

Kabinettsbeschluss, an der Lösung der Frage mitzuwirken.

Amlich wird gemeldet: Das Reichskabinett hat sich in seiner Mittwochssitzung mit dem vor kurzem von dem Generalsekretär des Völkerbundes der deutschen Regierung mitgeteilten Beschlüsse des Völkerbundsrates beschäftigt.

Im Reichskabinett ist bei dieser ersten Erörterung der Angelegenheit die einmütige Auffassung zu Tage getreten, bei der weiteren Behandlung der vorstehend gekennzeichneten Ratsfrage mitzumachen.

Die Beschlussfassung über die sachlichen Einzelheiten ist einer späteren Kabinettsitzung vorbehalten worden.

Dieser Beschluss des Reichskabinetts bedeutet nicht, daß Deutschland die Einladung angenommen hat, in die Studienkommission einen Delegierten zu entsenden.

Die Reichsregierung beabsichtigt offensichtlich erst noch eine diplomatische Fühlungnahme über den Aufgabenkreis der Kommission vorzunehmen, ehe sie sich zur Beteiligung entschließt.

Die tiefe Erregung über den Abbruch der Genfer Wärtagung hat viele und weitgehende Pläne zur Umgestaltung des Rates hervorgerufen. In der Presse ist, auch in einzelnen gehenden Vorschlägen, namentlich die Frage aufgeworfen worden, ob man nicht zukünftigen störenden Eingriffen aus Staaten fremder Erdteile dadurch vorbeugen sollte.

Die Frage der Ratszusammensetzung taucht seit 1920 regelmäßig im Völkerbunde auf. Bis jetzt haben sich stets

noch einzelne Regierungen geweigert, die gefassten Beschlüsse zu ratifizieren, weil sie ihren egoistischen Interessen zuwiderlaufen. Wenn man diesmal nicht den Weg eingeschlagen hat, eine Kommission aus formell nur dem Völkerbunde verantwortlichen, von den Regierungen formell unabhängigen Persönlichkeiten zusammenzusetzen, sondern sie aus vierzehn Regierungsvertretern bildete, so braucht das noch kein Schaden sein.

So darf es die Aufgabe der internationalen Unterhaltung in den nächsten Wochen nur sein, das Gebiet abzustaken, auf dem die Kommission sich frei tummeln müssen. Die Haltung der deutschen Regierung kann dabei rein von Gesichtspunkten außenpolitischer Zweckmäßigkeit geleitet werden.

Chamberlain über die Genfer Geheimpolitik.

London, 31. März. (W.T.B.) Zu den gestrigen vertraulichen Ausführungen Chamberlains vor dem interfraktionellen Ausschuss des Unterhauses für Völkerbundsfragen berichtet die 'Times', daß Chamberlain auf die Fragen, warum in Genf in geheimer Beratung und nicht in öffentlichen Sitzungen des Rates verhandelt wurde, geantwortet habe, daß Deutschland sein Verlangen nicht in einer öffentlichen Ratsitzung vorbringen und sich der Möglichkeit eines Vetos aussetzen wollte.

Briand und die Sozialisten.

Stimmhaltung beschlossen.

Paris, 31. März. (Eigener Drahtbericht.) Die jüngste Entwicklung der innerpolitischen Verhältnisse in Frankreich hat innerhalb der sozialistischen Kammerfraktion, wenn auch nicht gerade eine Krise, so doch tiefgehende Meinungsverschiedenheiten hervorgerufen, die zweifellos auf dem nächsten ordentlichen Kongress, der Pfingsten in Clermont-Ferrand stattfindet, ihr Echo haben werden.

Seit dem Sturze des Kabinetts Herriot hatten sich innerhalb der Fraktion zwei Strömungen gebildet, von denen die eine auf die Weiterführung der Unterstützungspolitik abzielte, während die andere die Rückkehr zur Opposition predigte. Die erste Gruppe war wiederum gespalten in die Anhänger einer direkten Regierungsbeteiligung und in die Verteidiger einer ausschließlich auf die Unterstützung beschränkten Politik.

Die Gründe für diese Verschiebungen sind mannigfacher Art und hängen u. a. mit der Situation zusammen, die durch die vom letzten außerordentlichen Kongress der französischen Partei beschlossene Ablehnung jeder direkten Regierungsbeteiligung geschaffen wurde.

An den letzten Tagen ist innerhalb der Fraktion die Neigung, noch vor Ostern eine neue Ministerkrise herbeizuführen, stark gesunken. Und zwar waren es Genossen, wie der Generalsekretär der Partei, Paul Bouré, und der Abgeordnete und Bürgermeister von Roubaix, Lebas, die im allgemeinen als Führer des so-

nannten 'linken Flügels' der Kammerfraktion angesehen werden, die darauf drängten, eine neue Krise zu vermeiden und sich bei der Schlussabstimmung über die Finanzprojekte eher zu enthalten als durch eine direkte Ablehnung die Verantwortung für einen Ministersturz zu übernehmen.

Am Dienstagabend noch mochte es scheinen, als ob Renaudel die Mehrheit der Fraktion hinter sich habe, aber in der am Mittwoch morgen stattgehabten Sitzung, der übrigens nicht einmal die Hälfte der Fraktionsmitglieder bewohnte, ist mit 29 gegen 11 Stimmen nach einer sehr lebhaften Debatte, in deren Verlauf Renaudel die Fraktion aufforderte, sich nicht durch die Möglichkeit einer Regierungskrise schrecken zu lassen.

Da anzunehmen ist, daß die Gesamtfraktion wie bisher Disziplin üben wird, könnte dadurch das Kabinett Briand gerettet werden. Der Grund für die Haltung der Fraktionsmehrheit dürfte vor allem darin zu suchen sein, daß im Falle einer neuen Krise die Möglichkeit einer Konzentrationsregierung unter Mitwirkung der Radikalsozialisten in größerer Nähe gerückt erschien, als das bisher der Fall war.

Vorausichtlich Mehrheit für die Regierung.

Paris, 31. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Diskussion über die Finanzvorlage hat die Kammer während des ganzen Mittwoch beschäftigt. Die Kammer hat die Mehrzahl der vorgeschlagenen Steuererhöhungen bewilligt. Es bleibt nur noch die umstrittene Heraushebung der Umsatzsteuer zu verabschieden. Die Regierung wird aber voraussichtlich auch eine Mehrheit für diese Vorlage finden.

Zurück zu Bismarck?

Auch ein Geburtstagartikel.

Am Schluß von Bernhard Schaws berühmtem Drama 'Die heilige Johanna' verlassen die Lobredner der Jungfrau nacheinander fluchtartig die Szene, als die Heiliggesprochene Miene macht, wieder zu ihnen zur Erde zurückzukehren. Es ist wieder einmal 1. April, an allen schwarzweißen bewimpelten Stammtischen wird der Geburtstag des Eisernen Kanzlers preisend mit viel schönen Reden gefeiert und unwillkürlich denkt man: Wie würde es wohl dem heiligen Bismarck ergehen, wenn er das Gebet seiner Lobpreisler erhören und zur Erde zurückkehren wollte?

Der Ruf 'Zurück zu Bismarck!' der, wenn es Frühling wird, doppelt stark in allen Tonarten aus den Spalten der Reichspresse zu erschallen pflegt, die jetzigen Phrasen, daß 'erst die Abkehr von Bismarcks Wesen und Grundsätzen unserem Volk den jähen Sturz von stolzer Höhe in die Tiefe des Abgrundes gebracht habe', wie das kürzlich der deutschnationale Abgeordnete Sol so schön formuliert hat, — all das ist Arbeit an der Legende Bismarck. Sie wird von den Deutschnationalen emsig betrieben, ihnen selber zu Nutzen, dem Volke zur Erbauung, aber, wie der kritische Zuschauer mit Recht hinzufügen kann, in beiden Fällen ohne Ahnung, daß hier die Lobredner mit jedem Lobesworte sich selbst Lügen strafen.

Zurück zu Bismarck? Wir sind historisch weit genug von diesem Mann und seinem Werk entfernt, um sie nicht zu unterschätzen, aber ebenso gefährlich erscheint uns, ins andere Extrem zu verfallen und sie kritiklos zu verhimmeln. Max Weber hat einmal, es war 1917, geschrieben: 'Bismarck hinterließ eine Nation ohne alle und jede politische Erziehung, tief unter dem Niveau, welches sie in dieser Hinsicht 20 Jahre vorher bereits erreicht hatte. Und vor allem eine Nation ohne allen und jeden politischen Willen, gemohnt, daß der große Staatsmann an ihrer Spitze für sie die Politik schon besorgen werde. Und ferner — als Folge der mißbräuchlichen Benutzung des monarchischen Gefühls als Deckmantel eigener Machtinteressen im politischen Parteikampf — eine Nation, daran gewöhnt, unter der Firma der 'monarchischen Regierung' fatalistisch über sich ergehen zu lassen, was man über sie beschloß, ohne Kritik an der politischen Qualifikation derjenigen, welche sich nunmehr auf Bismarcks leergebliebenen Sessel niederließen und mit erstaunlicher Unbesonnenheit die Zügel der Regierung in die Hand nahmen. An diesem Punkt lag der bei weitem schwerste Schaden. ... Nirgends sonst in der Welt hat selbst die schrankenlose Bewunderung der Persönlichkeit eines Politikers eine solche Nation veranlaßt, ihre eigene sachliche Überzeugung ihm so restlos zu opfern.'

Kein Sozialist, nur ein leidenschaftlicher Demokrat war es, der dieses harte Urteil sprach. Und man muß hinzufügen, daß es dort, wo von Nation die Rede ist, an die Adresse der deutschen Bourgeoisie gerichtet ist.

Allein der Bismarckkult hat auch eine andere, noch aktuellere Seite. 'Wir wollen weniger erhoben und lieber mehr gelesen sein', diese Forderung Lessings, die sich auf die deutschen Klassiker bezieht, kann mit Recht auch Bismarck an seine Verehrer stellen. Wie viele von denen, die sich in diesen Tagen in dem Schrei nach ihm nicht genug tun können, werden wohl eine stille Stunde des 1. April der Lektüre des dritten Bandes seiner 'Gedanken und Erinnerungen' widmen? Und doch kann das Andenken ihres Heros nicht besser gefeiert werden, als mit dem Studium dieses seines politischen Testaments. Mit Schrecken würden sie freilich erkennen, daß deutschnational sein und gleichzeitig Bismarck verehren sich nicht verträgt. Das eine schließt das andere aus.

'Ich habe seit 20 Jahren zuviel unter der Giftmischerei der Herren von der 'Kreuzzeitung' und den evangelischen Windthorstern gelitten, um in Kürze von ihnen reden zu können,' schrieb Bismarck am 6. Juni 1888 an den nachmaligen Kaiser Wilhelm. Es steht zu befürchten, daß die 'Kreuzzeitung' gerade diesen Satz heute morgen nicht zitieren wird. Ebenso wenig jene Stelle, an der Bismarck von dem 'wachsenden Nebelwollen seiner Standes- und ehemaligen Parteigenossen' spricht, das seit 1866 seine Arbeit begleitete. Das war lange vor der Entlassung, lange vor den Tagen, da er anlässlich seines Planes, aus den preussischen Ämtern zurückzutreten, zu seinem Sohn sagte: 'Die sagen zu dem Gedanken, mich loszuwerden, alle Uff! erleichtert und befriedigt.' Das waren 'die Amateurpolitiker und Militärs, die Seiner Majestät (Wilhelm II.) in die Ohren flüsteren'. Aber sind das nicht auch die Männer der deutschnationalen Partei, dieselben Leute, die ihre politische Aufgabe in der Wiederaufrichtung des wilhelminischen Deutschland erblickten, und die gerade im Augenblick sich schüßend vor Wilhelm II. und seine fürstlichen Ansprüche stellen?

Die gutgläubigen Bismarckschwärmer von 1926 vergessen, daß kein republikanischer Präsident, sondern Wilhelm II. —

der Kaiser — es war, der Bismarck brüst zum alten Eisen warf. Und mit welcher Innigkeit freudig. Sie mögen von Bismarck selbst hören, wie der Kaiser die Bedenken, die Caprivi gegen Uebernahme der Nachfolgerschaft äußerte, mit den Worten beschwichtigt hat: „Seien Sie ohne Sorge, sie kochen alle mit Wasser und ich werde die Verantwortung für die Geschäfte übernehmen.“ Hoffen wir, so fügt Bismarck an dieser Stelle hinzu, daß „die nächste Generation die Frucht dieses königlichen Selbstvertrauens ernten werde.“ Wahrhaftig, sie hat sie geerntet!

Wie dieses, so hat sich überhaupt jedes der tief pessimistischen Worte Bismarcks über die Zukunft Deutschlands fürchterlich erfüllt. Ueber die Fehler, welche in der auswärtigen Politik begangen wurden, wird die öffentliche Meinung in der Regel erst klar, wenn sie auf die Geschichte eines Menschenalters zurückblicken in Stande ist, und die Achivi qui plecutant (Das Volk, das es büßen muß) sind nicht immer die unmittelbaren Zeitgenossen der fehlerhaften Handlungen. Mit diesen besorgten Gedanken schließt Bismarck den dritten Band.

Zurück zu Bismarck? Zu spät kommt dieser Ruf. In deutschnationaler Runde wird er zum Ausbruch des schlechtesten Gewissens, das gerne gutmachen möchte, was der Dilettantismus Wilhelms II. zerstört hat. Als Wilhelm selbst und ohne eines Kanzlers zu bedürfen, regieren wollte, hätte Caprivi den Auftrag, seine Art von Frage oder Erlundigung über den Stand der Staatsgeschäfte an Bismarck zu richten. „Es ist mir nie vorgekommen“, sagt Bismarck dazu, „daß eine Pachtübergabe nicht eine gewisse Verantwortlichkeit zwischen dem abziehenden und dem anziehenden Pächter erfordert hätte; in der Regierung des deutschen Reiches mit allen ihren komplizierten Verhältnissen ist ein analoges Bedürfnis aber nicht hervorgerufen.“ Würde zu Bismarcks Lebzeiten noch sein Rat, seine Erfahrung, seine Sach- und Personenkenntnis genutzt? Weit gefehlt: „Ich wurde streng boykottiert und unter Quarentäne gehalten, als Herd von Bazillen der Seuchen, an denen wir politisch gelitten hatten, als ich Kanzler war.“ Harte Worte, aber übertroffen noch durch die Aeußerung des Großherzogs von Baden, der in einem Gespräch über Bismarck einem Journalisten das Wort mit der Bemerkung abschneidet: „Er ist nur ein alter Schwächer.“

Welche Heuchelei, wenn derselbe Geist heute nach Bismarck ruft, der, als man Bismarck haben konnte, ihn als einen „alten Schwächer“, einen „Herd von Bazillen“ behandelte. Einer der Grundzüge des Bismarckschen Wesens war eine tiefe Menschenverachtung. — Er hat seine deutschnationalen Vordredner von heute vorausgesehen.

Die „Volkspartei“ in Preußen. Und die Haltung des Zentrums.

Die Abstimmung der preussischen Volksparteier, die gemeinsam mit Deutschnationalen und Kommunisten dem preussischen Ministerpräsidenten Braun ihr Mißtrauen wegen seiner Unterstützung der Stresemannschen Außenpolitik ausdrückten, hat begreiflicherweise im Landtag besondere Gefühle für sie ausgelöst. Eine augenscheinlich aus Landtagskreisen stammende Zuschrift an die „Germania“ wertet diese Abstimmung und die in ähnlicher Richtung gehende Ablehnung des veränderten Hauszinssteuergesetzes als einen Versuch der Volkspartei, wieder aktiver zu werden und neue Kämpfe im Landtag heraufbeschwören, um möglicherweise durch sie eine Umbildung der preussischen Regierung zu erzielen. In der „Germania“ wird dazu ganz treffend bemerkt:

Herr Stresemann, der volksparteiische Führer, ist doch im Reich mit seiner ganzen Politik auf die Kräfte angewiesen, zu denen die Volkspartei in Preußen absolut nicht stehen wollte. Oder will sie es neuerdings wieder? Dann muß man schon sagen, daß diese Art der „Annäherung“ ungewöhnlich und verblüffend wirken muß. Wir haben nicht den Eindruck, als

wenn die Volkspartei dadurch bei den Regierungsparteien wieder den Bunch erregt, mit ihr in Verhandlungen einzutreten. Im Gegenteil, diese Art wirkt peinlich und verlegend, weil sie wie eine Machtprobe aussieht, und diese Machtprobe brauchen die Regierungsparteien heute weniger denn je zu scheuen. Auch der Volkspartei dürfte es bekannt sein, daß heute die Machtverhältnisse für die Opposition wesentlich ungünstiger stehen als früher.

Die Möglichkeit, daß die Volkspartei etwa Neuwahlen wünscht, scheidet die Zuschrift an die „Germania“ aus. Denn: „Der Kampf müßte mit einer neuen Niederlage der Opposition enden, weil die moralische Stellung der Regierungsparteien und ihre wirkliche Macht heute stärker ist, als vor einem Jahre.“

Das ist ein wertvolles Bekenntnis aus Zentrumskreisen. Es liegt um so schwerer, als es erkennen läßt, daß das Ergebnis des Volksbegehrens die Stärke der republikanischen Bewegung voll offenbart hat. Um so überflüssiger erscheint uns daher, der Volkspartei auch nur von fern Verhandlungen über ihre Wiederaufnahme in die Preußenregierung anzubieten. Bevor an eine solche Möglichkeit gedacht wird, werden sicher auch viele Zentrumswähler erst die Befragung des Landes fordern. Das Verhalten dieser Fraktion der Volkspartei laßt nicht dazu, ihr Ministerische anzubieten.

Preußen und Fürstenabfindung.

Eine Aeußerung des Preussischen Finanzministeriums.

Auf Grund eines Aufsatzes in der „Germania“ über die Fürstenabfindung, in dem als sehr einfacher Weg die Selbstschätzung der Fürsten auf Grund des Wehrbeitrages vorgeschlagen wurde, hat sich der demokratische Landtagsabgeordnete Dr. Erzmet-Königsberg an das Preussische Finanzministerium gewendet mit der Bitte, zu diesem Vorschlag Stellung zu nehmen. Dr. Erzmet hat, wie der „Demokratische Zeitungsdienst“ mitteilt, darauf jetzt die nachstehende Antwort erhalten:

„Auf Ihr frdl. Schreiben habe ich geprüft, ob der in dem Aufsatz der „Germania“ angedeutete Weg in Preußen gangbar wäre und zu welchem Ergebnis er etwa führen würde. Nach dem Immediatbericht des Ministers des Rgl. Hauses vom 31. Januar 1914 ist das dem Wehrbeitrag zu unterwerfende Gesamtvermögen der Hauptlinie des Rgl. Hauses auf 140 Millionen Mark geschätzt worden — gezahlt ist dann ein Wehrbeitrag von 2 400 000 M. Währden bei der Auseinanderlegung, wie in der „Germania“ vorgeschlagen, dem Königshaus 25 oder 15 Proz. der geschätzten Summe gewährt, so würde man auf 35 oder 21 Millionen Reichsmark kommen. Dieses Ergebnis wäre aber, abgesehen davon, daß die Summen mir ziemlich hoch erscheinen, sachlich nicht richtig, weil bei der Schätzung 1914 einerseits Werte veranschlagt sind, die der Staat jetzt bei der Auseinanderlegung als sein Eigentum beansprucht, insbesondere Güter und Forsten, andererseits der Besitz der Krone an Schlössern, Parks, Verwaltungsvollbeamtenwohngebäuden, Mobiliar, Kunstwerken und Juwelen nicht berücksichtigt worden ist. Ich würde daher den vorgeschlagenen Weg, soweit die preussischen Verhältnisse in Frage kommen, nicht für „sehr einfach“ und nicht für besonders glücklich halten; ich glaube vielmehr, daß die Annahme des jetzt geplanten Kompromißgesetzes dem Staat alles sichern würde, was er haben muß.“

Steuerfreiheit der Parteien.

Änderung des Vermögenssteuergesetzes.

Der Reichstag hat in seiner Sitzung vom 27. März einen Antrag betr. die Vermögenssteuer der Parteien angenommen, der von allen Fraktionen gemeinsam eingebracht worden war. Damit ist eine Unklarheit beseitigt, die seit dem neuen Vermögenssteuergesetz vom 10. August 1925 bezüglich der Vermögenssteuerpflicht der Parteien bestand.

In § 5 des alten Vermögenssteuergesetzes von 1922 waren die Parteien grundsätzlich von der Vermögenssteuer befreit.

In das neue Gesetz vom August 1925 war aber eine ähnliche Bestimmung offenbar aus Versehen nicht aufgenommen worden. Daher forderten die Finanzämter Ende 1925 die politischen Parteien und auch andere öffentlichen Organisationen zur Abgabe der Vermögenssteuererklärungen auf. Verhandlungen mit dem Reichsfinanzministerium führten zunächst zu dem Ergebnis, daß die Abgabe der Vermögenserklärungen einstweilen ausgesetzt wurde. Durch die jetzt erfolgte Gesetzesänderung ist nunmehr ein neuer Rechtszustand geschaffen.

Danach wird dem § 4 Abs. 1 des Vermögenssteuergesetzes vom 10. August 1925 als Abs. 2a die Bestimmung eingefügt, daß politische Parteien und politische Vereine im Sinne der §§ 2 Nr. 4, 38 bis 44 des Reichsbewertungsgesetzes von der Vermögenssteuer befreit sind. Unter sonstigem Vermögen im Sinne dieser Vorschrift sind vor allem zu verstehen: 1. verzinsliche und unverzinsliche Kapitalforderungen jeder Art, also z. B. Bankguthaben, Darlehen usw.; 2. Aktien oder Anteilscheine, Anze, Geschäftsanteile und andere Gesellschaftseinlagen sowie Geschäftsguthaben bei Genossenschaften und 3. bares Geld. Nicht darunter fällt das Grundvermögen und das Betriebsvermögen. Wenn also z. B. eine Parteiorganisation die Anteile einer Druckerei- und Verlags-G. m. b. H. besitzt, so gehören diese zu ihrem steuerfreien Vermögen. Die G. m. b. H. selbst ist aber als gewerblicher Betrieb nach wie vor steuerpflichtig.

Da die Parteiorganisationen in der Regel selbst kein Grund- und Betriebsvermögen besitzen, so bedeutet diese Bestimmung tatsächlich die volle Steuerbefreiung. Daher brauchen die Organisationen auch keine Vermögenssteuererklärung abzugeben. Die neue Vorschrift tritt rückwirkend mit dem 1. Januar 1925 in Kraft.

Anschluß an Preußen!

Volkabstimmung in Schaumburg-Lippe.

Bückeburg, 31. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Landtag von Schaumburg-Lippe nahm eine Entschließung an, in der die Landesregierung ersucht wird:

1. unverzüglich einen Gesetzentwurf betreffend Volksabstimmung über die Frage des Anschlusses Schaumburg-Lippes an den preussischen Staat dem Landtag vorzulegen;
2. unverzüglich die Verhandlungen mit dem preussischen Staatsministerium anzunehmen zur Klärung aller noch etwa bestehenden Zweifel über den Inhalt der Richtlinien und
3. das preussische Staatsministerium sofort von diesem Beschluß in Kenntnis zu setzen.

In der Entschließung werden weiter die Richtlinien, die bisher in den Verhandlungen mit Preußen aufgestellt wurden, als geeignete Grundlage für den Anschluß bezeichnet.

Stützen der Stahlhelmregierung.

Verfahren gegen den deutschnationalen Landesvorsitzenden in Braunschweig.

Braunschweig, 31. März. (Eigener Drahtbericht.) Oberregierungsrat Spannrath, der seinerzeit von der sozialdemokratisch-demokratischen Regierung wegen Widersehlichkeit entlassen, aber von der jetzigen deutschnationalen Stahlhelmregierung unter Beförderung zum Oberregierungsrat wieder eingestellt worden war, mußte wegen gewisser Verfehlungen nunmehr wieder vom Amte suspendiert werden. Gegen ihn ist ein Disziplinerverfahren eingeleitet worden. Spannrath ist Vorsitzender des Landesverbandes Braunschweig der Deutschnationalen Partei.

Der Reichstag erledigte am Mittwoch das Steuerermäßigungs-gesetz, den Etat für 1926 und den 30-Millionen-Kredit zur Beihilfe des Getreides, ohne Einspruch zu erheben gegen den vom Reichstag angenommenen Gesetzentwurf über Aenderung des Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden. Es handelt sich in dem Gesetzentwurf besonders darum, daß die Zuschußbauten bei der Hauszinssteuer besser behandelt werden.

Der rote Ball.

Von Bindler-Stern.

Die Straße war grau, die Häuser leblos und starr vom Winterfrost. Die wenigen Menschen trugen schwer an ihren dicken Mänteln.

Da flog ein roter Ball empor, leuchtend, wie ein froher Ruf schallte er in die Höhe. Meine Augen folgten ihm und sahen, daß der rote Ball in einen blauen Himmel flog. — In einem blauen Himmel, der ganz leicht schon goldig glänzte. Da kam es wie ein Wunder über mich. Mir war, als hätte ich Wochen, Monate nicht geatmet. Gleich einem köstlichen Genuß lag ich plötzlich die Luft ein, schmeckte, berührte mich an ihrer Würze, die mich schnell und wunderbar belebte. Ich spürte einen Duft; es roch so unbeschreiblich seltsam. Ich nahm den Hut vom Kopfe — wie lind es wehte. — Ja — was war das nur?

Zwei kleine Mädel rannten lachend die Straße hinunter, dem roten Ball nach. Und — die Mädel trugen ja gar keine dicken Mäntel mehr. Die lustige Hofnen starteten ihre Kleider.

Unmerklich lief ich den Mädeln nach, bis ich zum Ufer kam. Meine Augen, die müde waren vom fahlen Licht des Winters, sprangen plötzlich auf. Ich wollte nicht begreifen, was sie sahen. War es denn möglich? An des Uferweges Hecke dehnten sich die Knospen ja! Und hier und da lugte schon ein Blättchen neugierig zu den Tag hinein. Draußen im Kahn stand ein Kohlenkammer und dehnte die starken Arme weit. Sein Blick war schneeweiß in die weite Fernen gerichtet. Der beruhte Mann lachte wohl gleich mit dem Rollen eines Auges nach, das plötzlich in den Ohren klang und seltsames Verlangen in mir weckte. Krante ich doch auch im Zuge sein und mit hinaus in die weite Welt — dem Frühling entgegen. Nun mußte ich auch — was mir das Wunder schien. Der Frühling naht — und ich, ich hätte fast vor Winterfrost sein erstes Grühen nicht bemerkt.

Wieder flog der rote Ball empor; wie froh der Mädel Sachen klang. — Wie dankbar bin ich doch dem roten Ball.

Publi-Kümmernisse.

Konzertumschau von Kurt Stager.

Wenn wir vor dem Beginn eines Konzerts das Publikum mustern, so merken wir schnell, mit wem wir es zu tun haben. Mit leichter Uebertreibung ist sogar zu sagen, daß wir einen Wesens- teil des Konzerts erden an seinen Händen erkennen. Am häufigsten sind dies die Agenturen durch Freischärler ausgewählten Gäste. Da sitzen die erstklassigen Konzertbesucher vor der ersten Erkenntnis, daß es sich nicht lohnt, da sitzen die von der Natur zum Wissmachen Geborenen und auch ein paar stets Begeisterte. In einer zweiten Kategorie sitzen nur kritische Kollegen. Der junge Künstler will besprochen sein und sieht nachträglich, hungernd und entsezt, daß ihm das nicht viel nützt. Zum zweiten Konzert aber, das Schuler und von der Presse Ausgemunterte herbeizieht, fehlt das Geld. Das übelste Konzert ist das der Familienmitglieder; eine das Urteil des Spielenden verlässende Gesellschaft zur Demotivierung. Sensationsabende, wie etwa der des Müller Gemell, der

mit einer schwingenden Donnerkeule summende Geräusche als Musik ausstrahlt, sind selten. Wenn einer mehr Witz und Können ausbringt, ist aber in Berlin mit Wollra noch etwas zu machen. Sogar Gekälte. Die richtigen Gesellschaftskonzerte, in denen z. B. unbekannte Solisten gegen Abnahme von einigen hundert bezahlten Karten mitmachen dürfen, sind in ihrer Unmoral vorläufig noch unausrotbar. Man bekommt die positiven Angaben dieser unglücklichen Streber nur zu selten schriftlich, die Ablehnungen der Dirigenten aber um so entsetzlicher. Von ausgepumpten, gut bezahlten Beihörern wollen wir schweigen, von der Methode, große Vereine anzuladen, große Namen als Protektoren anzuführen, gleichfalls. Schließlich ist niemandem zu verdenken, wenn er lieber ein dummes und zusammengewürfeltes, als gar kein Publikum hat. Auch hier erreicht die Strapselosigkeit geschäftstüchtiger Veranstalter allerdings ein hohes Maß, voll zum Ueberlaufen. Alles andere, was Berlin an Konzerte bietet, hat sein Publikum durch die Persönlichkeit des Veranstalters, durch den Reiz des Werks, das geboten wird, durch Reflektoren oder durch die Sehnsucht des Bürgertums, gesehen zu werden. Das Köstliche liegt über den Wert. Gesellschaftliches über künstlerisches. Urteil wird Barzettel. Glücklicherweise fehlt diese entsetzliche Einstellung auf den Schein noch in unseren Arbeiterkonzerten, vornehmlich dem der Arbeiterhörsäle und der Volkshäuser, zu deren Publikum ja schon viel Bürgertum zählt und das danach in der Leidenschaft seiner Hingabe vorbildlich bleibt. Groß ist die Ehre des bürgerlichen Musiklers jedenfalls nicht. Das rollende Geld spielt selbst im Volkstheater des Defizits seine Rolle. Und das nicht z. lezt gerade bei unseren großen Stars am Pult und auf dem Podium. Daß ein groß Materielles so zum Kernpunkt aller trügerischen Idealgefte wird, das soll gelegentlich einmal besprochen werden. Oder wo hört man wohl, daß ein Großverdiener in der Musik einen Teil seines Vermögens und seiner Einnahmen allgemeinnützigen Kunstinstitutionen zur Verfügung stellt? Der Name Kreisler springt ein aus dem Kreis der Kunstverdiener heraus. Aber auch Gertrud Bindernagel ist nun zu preisen. Sie legt sich mit blendender Singekunst und ausgewähltem Viederprogramm für den Kunstgenuß der Erwerbslosen ein. Die Philharmonie voll und die Herzen aller derer auch, die unentgeltlich kommen und hören dürfen. Bravo, bravissimo! Felix Weingartner spielt, dirigiert vor einem Publikum, das vor 20 Jahren seinen Charme, seine Grazie, seine Partiturgewandtheit bewunderte und ihn für genial hielt. Jetzt ist er alt geworden, und die Glätte seines künstlerischen Wesens wird dem Genuß gefährlich. Bei der Begleitung einer sehr unbedingten, engstimmigen Sängerin, Co von Seuns, langweilt er sich halb zu Tode. Schuberts „Unvollendete“ lebt unter seinen Händen noch immer eigenes, eigenartiges Leben. Der Andante darf nicht von seinem Dirigenten der Welt so con moto, so un sentimental genommen werden. Hier hätte Weingartner großen Erfolg. In der Hofoper singt der Berliner Volkschor Haydns „Jahreszeiten“ einigen tausend Hörern zu Herzen. Der Saal „Neue Welt“ ist sauber feierlich geworden, die Menschen horchen so anhängig, daß man kaum zu drohen braucht, während des Schlußteils die Türen zu sperren (was polizeimäßig ist). Jander breitet das Werk in seiner lieblichen, wichtigen, pathetischen Buntheit malerisch aus, die Chöre sind von einer Präzision und Sauberkeit, die nicht nur als Erfolg von Jucht zu gelten hat, sondern von frohem Miterleben. Graziose, anmutige Weisen könnten allerdings (wenn der

Raum nicht so groß wäre) noch schwebender, leichter klingen. Bei der Solistin Wally Ritzamer fällt die bequeme Höhe und die Feinheit des Sings aus, doch lebt sie mehr in den Noten als in deren Inhalt; Rudolf Jäger und Werner Engel waren gewandt, eindringliche Vertreter der Männerrolle. Im Blüthen-Saal klangen Sonntags immer noch große Läden. Schade, denn Fried gibt sich herrliche Mühe. Aber das Publikum, das im Westen wohnt, hat andere Sehnsüchte am Sonntag als ernste Musik. Karl Hermann Billner, der Pianist, war letzten dem Schumannschen Klavierkonzert ein temperamentvoller, technisch scharfer Ausbeuter. Doch wird er dem Ubel und Duft des Tons noch mehr Beachtung schenken müssen. Dahingegen Walter Kummel: ein Pianist von höchstem Ehrgeiz, von einem Schwung der Phantasie, einer Kraft und Zartheit des Anschlags, von einer Baumeisterkraft wie heute nur wenige. Keine Hoffnung mehr, eine Erfüllung. Ein Poet, ein Gestalter, ein Meisterfinger am Flügel.

„Die Polizei im Bild.“ Wie der Amtliche Preussische Pressedient einem Rundbrief des preussischen Innenministers entnimmt, hat die „Freie Vereinigung für Polizei- und Kriminalwissenschaft“ als Herausgeberin der Zeitschrift „Die Polizei“ für Zwecke der „Großen Polizeiausstellung Berlin 1926“ im Einverständnis mit dem Minister einen Lichtbildwettbewerb unter dem Kennwort „Die Polizei im Bild“ ausgeschrieben. Die Bedingungen des Preisauschreibens stehen den Polizeiverwaltungen bei der Geschäftsstelle der Vereinigung Berlin W. 35, Flottwellstr. 3, kostenfrei zur Verfügung. — Für die Preisträger der ersten drei Preise des Lichtbildwettbewerbs hat der Minister in Anerkennung des Wertes dieser Veranstaltung besondere Ehrenpreise zur Verfügung gestellt.

Museumsnähe Besichtigung des Schlosses Sarsaue. Wie der Amtliche Preussische Pressedient mitteilt, ist vom 1. April bis auf weiteres das Schloss Sarsaue an Werktagen von 10—12 Uhr ohne Führung zur Besichtigung geöffnet, werktags von 12—5 Uhr, sowie an Sonn- und Feiertagen während der gesamten Öffnungszeiten von 11—8 Uhr erfolgt wie bisher die Besichtigung unter Führung des Schlossverwalters.

Für Landtags und Gertrud nennt sich eine Kuchellada, die von Mitte April bis Mitte September im Kunstgewerbehaus Friedmann u. Weber stattfindet. Unter eigenen Organisationsstellen eine große Anzahl führender Künstlerinnen ihre einschlägigen Arbeiten aus, ebenso werden namhafte Architekten und Gartenkünstler vertreten sein.

Am Karneval, ebenfalls 8 Uhr, findet in der Philharmonie der einzige Klavier- und Vielerabend von Kammerlänger Joseph Schwarz statt; am Flügel: Nicolaus Kaufmann.

Englisches Theater. Die Aufführung „The Importance of Being Earnest“ wird am 11. April, vormittags 11^{1/2} Uhr, im Reibens-ideater wiederholt. Anmerkungen von Eulen, Sprachklub und Ueberlebe-Schleichen werden an der Kasse des Reibensideaters entgegen genommen.

Konzertier Frankfurter Sänger. Der Männergesangsverein „Sängerkreis“ Frankfurt a. d. O. (Mitglied des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes) wird am 10. April abends 7^{1/2} Uhr in der Staatlichen Hochschule für Musik, Charlottenburg, Gordenbergstraße, ein Konzert geben. Solisten Sopranistin Anna Gertrud Wolf, Karlen zu 1. Kl. und vorher zu haben bei Karl Schulz, Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 123 a und an der Adenblasse.

Gewerkschaftsbewegung

Verlängerung der Erwerbslosenunterstützung.

Zur Verlängerung der Dauer der Erwerbslosenunterstützung von 26 auf 39 Wochen, die bei der Schaffung des Steuerkompromisses von der Sozialdemokratie durchgesetzt wurde, wird das Reichsarbeitsministerium keine Verordnung erlassen, sondern am Donnerstag ein Rundschreiben an die Länder herausgeben. Wie bisher schon für den Zeitraum von der 26. bis 39. Woche, so kann jetzt auch über die neue generelle Unterstützungsdauer hinaus von Fall zu Fall für gewisse Berufsgruppen und Arbeitsnachweisbezirke oder ganze Regierungsbezirke auf Antrag eine Verlängerung der Unterstützungsdauer durch die Landesregierungen vorgenommen werden. Preußen hat bisher fast in allen Fällen auf Antrag der Regierungspräsidenten Verlängerungen der Unterstützungsdauer über die 26. Woche hinaus zugestanden.

Die Dauerarbeitslosigkeit, mit der wir, wie die Verlängerung der Unterstützungsdauer deutlich zeigt, noch lange zu rechnen haben, schafft für die Verwaltungsausschüsse der öffentlichen Arbeitsnachweise und der Landesämter für Arbeitsvermittlung eine Fülle neuer Aufgaben. Die Verwaltungsausschüsse haben im Laufe der Zeit eine Bedeutung erhalten, die im Jahre 1922 beim Inkrafttreten des Arbeitsnachweisgesetzes niemand voraussehen konnte. Zur Sicherung der Interessen der Arbeitslosen und der Selbstverwaltung der Ausschüsse muß deshalb deren Umbildung vorgenommen werden. Diese erfolgt in der Form, daß die Amts-dauer der vor dem 1. Oktober 1925 bestellten Beisitzer der Verwaltungsausschüsse am 30. Juni endet. Die Amtsdauer aller nach dem 30. September 1925 bestellten Beisitzer endet am 31. Dezember 1925.

Redakteurjubiläum im Lederarbeiterverband.

Der Redakteur der „Lederarbeiter-Zeitung“, Genosse Sikel, kann am 1. April auf eine ununterbrochene 25jährige Tätigkeit als Redakteur zurückblicken. Von 1901 bis 1909 war er Redakteur des „Handschuhmacher“. Nach der Verschmelzung des Handschuhmacherverbandes mit dem Lederarbeiterverband übernahm er die Redaktion der „Lederarbeiter-Zeitung“. Im Handschuhmacherverband mußte er neben seiner Redaktionstätigkeit auch die Geschäfte des Hauptkassierers führen. Von dieser Tätigkeit entbunden, konnte er sich nunmehr völlig der Ausgestaltung des Verbandsorgans des Lederarbeiterverbandes widmen. Mit Fleiß und Liebe hat er sich dieser Aufgabe in den 17 Jahren seit 1909 gewidmet. Der Erfolg ist nicht ausgeblieben. Wir schließen uns den Glückwünschen seiner Verbandskollegen an und wünschen ihm eine noch lange und erfolgreiche Tätigkeit für den Lederarbeiterverband und damit für die gesamte Gewerkschaftsbewegung.

Jahresversammlung des Butab. Glänzende Fortschritte.

Am 26. März fand im „Gewerkschaftshaus“ die Jahresgeneralversammlung der Ortsverwaltung Berlin des Bundes der technischen Angestellten und Beamten statt. Der vom Geschäftsführer Genossen Rogay gegebene Verwaltungs- und Kassendbericht, zu dem den Delegierten umfangreiches Material vorlag, spiegelt erfolgreiche Arbeit der Ortsverwaltung im Vorjahre wider. Durch gemeinsame Zusammenarbeit aller Funktionäre konnte die Mitgliedszahl durch einen tatsächlichen Mitgliederzugang von 1500 auf rund 10 000 Mitglieder erhöht werden. Außerordentliche Anforderungen wurden dadurch an die Ortsverwaltung gestellt, deren Bewältigung aber reichlich gelohnt wurde; die Ortsverwaltung Berlin hat das vom Bundesvorstand geforderte Wertepensum nicht nur erreicht, sondern am Jahresende weit überschritten.

Der Beitragsbeitrag beschränkte sich auf rund 350 000 M. gegenüber 240 000 M. im Jahre 1924. Die Ortsverwaltung konnte durch diese günstige Entwicklung auf gewerkschaftlichem Gebiet größte Intensität erlangen.

Am Schluß seiner Ausführungen, die in der späteren, sehr sachlichen Diskussion ungeteilten Beifall fanden, gab der Redner bekannt, daß die Ortsverwaltung in diesem Jahr auf eine Erhöhung der Mitgliedszahl auf 10 500 hinarbeitet, die erreicht werden kann, wenn alle Kräfte gemeinsam am Werke sind.

In dem im Vorjahre ins Leben gerufenen Ruderverein „Butab“ steht der Redner mit ein wirksames Mittel zur Bekämpfung der gewerkschaftsschädlichen Vergesellschaftungen. Die Arbeit, Lichtkämpfe und Rundfunk den besonderen Bundesinteressen nutzbar zu machen, konnte leider eine Verwirklichung noch nicht erfahren.

Unter Hinweis auf die reibungslose Zusammenarbeit des Ortsvorstandes mit dem Gewerkschaftsamt und unter Würdigung der geleisteten Arbeit empfahl der Redner die Bestätigung des bisherigen Geschäftsführers. Der Vorsitzende schloß seinen Bericht mit der Bitte an die Kollegenschaft, in dem Bestreben „Berlin im Bund voran“ mitzuwirken an der Verwirklichung des Zieles, Ende 1926 10 500 Mitglieder in der Ortsverwaltung zu zählen.

Den Berichten folgte eine eingehende sachliche Aussprache. Einmütig kam das Beschlüsse gewerkschaftlicher Ueberzeugung und das Bestreben, den Bund zu stützen und zu fördern, zum Ausdruck. Anschließend daran wurde einstimmig die Entlastung des Ortsvorstandes und die Bestätigung des Geschäftsführers, Genossen Rogay, ausgesprochen.

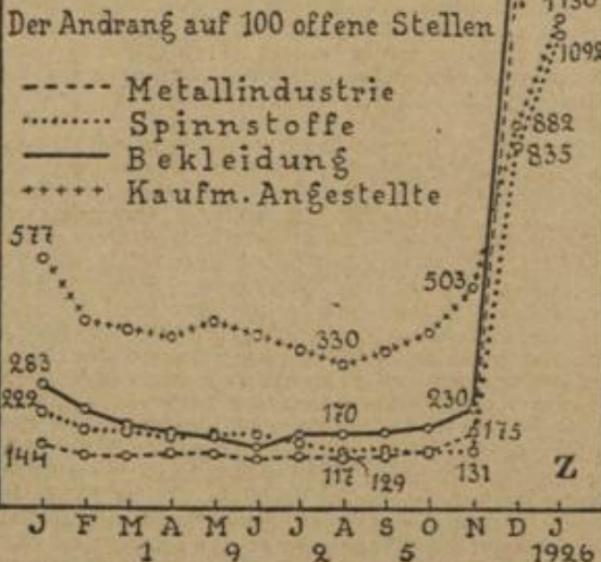
Alsdann wurde die Wahl des Ortsvorstandes und der Kassierers vorgenommen. Bei den zur Verhandlung kommenden Anträgen wurde ein Antrag des Ortsvorstandes zum Bundestag angenommen, wonach durch eine Satzungsänderung die „Deutsche Techniker-Zeitung“ (das offizielle Bundesorgan) für alle Mitglieder durch die Bundeszentrale bei der Post bestellt werden und die Zustellung kostenlos erfolgen soll. Diese Forderung, die nach dem Bundestag beschloffen werden muß, soll mit dem bisherigen System der Selbstbestellung der „DTZ“ durch die Mitglieder brechen. Weiter wurde ein Antrag des Ortsvorstandes zum Bundestag angenommen, der durch eine Satzungsänderung eine Verlängerung der Dauer der Gemäßregeltensunterstützung auf 9 Monate vorsieht.

Der Eisenbahnkonflikt kommt vor das Reichsbahngericht

Berlin, 31. März. (RD.) Der für das Reichsbahngericht bestimmte Schriftsatz der Deutschen Reichsbahngesellschaft in der Frage der Verbindlichkeitserklärung des Schiedsgerichts im Bahnkonflikt mit den Eisenbahnern ist, wie wir von unterrichteter Seite hören, so gut wie fertig gestellt und wird nach dem Fest dem Gericht zugehen. Die Klage lautet gegen das Reich auf Aufhebung der Verbindlichkeitserklärung. Der weitere Verlauf des Verfahrens dürfte der sein, daß das Reichsarbeitsministerium, das in dieser Frage das Reich vertritt, zur Gegenüberstellung aufgefordert wird. Die Eisenbahngewerkschaften dürften, wenn überhaupt (!), höchstens als Zeugen gehört werden.

Zu dem Beschluß der Eisenbahnerverbände, zu der abweisenden Entscheidung des Landgerichts in ihrer Klage auf Durchführung des verbindlichen Schiedsgerichts Revision einzulegen, ist folgendes zu bemerken: Eine diesbezügliche Instruktion ist heute dem Rechtsvertreter der Verbände zugegangen. Da jedoch die Vertreter der Parteien das erstinstanzliche Urteil noch nicht zugestellt bekommen und die Fristen daher noch nicht zu laufen begonnen

Die Arbeitslosigkeit der Frauen in Deutschland 1925 u. 1926



haben, hat der Beschluß bisher noch keine praktische Bedeutung, und es ist noch nicht abzusehen, wann die Revision tatsächlich eingelegt wird. Die zunächst fallende Entscheidung dürfte daher, wie an dieser Stelle bereits berichtet, die des Reichsbahngerichtes sein.

Die Doppelrolle der Kommunisten.

Das Ende des Spektakels bei den Rehbergen.

Welche Doppelrolle die Kommunisten spielen, zeigt sich so recht an der sogenannten Bewegung, die bestimmte Drahtzieher mit Rotstandsarbeitern in den Rehbergen geführt haben. Nahezu 8 Tage lang mißbrauchte eine Kommission, die sich wählen ließ, die Rotstandsarbeiter, um Aktionen zu machen. Täglich Umzüge, passiver Resistenz um nichts und wieder nichts. Die Bauverwaltung konnte nur geleistete Tagewerke bezahlen und mußte im Interesse der Leute, die Arbeit und Brot für ihre Familien wollten, Maßnahmen treffen, um den geordneten Fortgang der Rotstandsaktion zu sichern. Dazu gehörte schließlich, daß nach den Anordnungen der Bauleitung gearbeitet wurde, da sonst die Bauleitung keine Mittel bekam, um Lohn auszahlen zu können. Es kam, was vorauszusehen war, daß diejenigen von der Baustelle entfernt werden mußten, die sich nur nach den Anordnungen der Kommission richten wollten. Seit dieser Zeit geht es auf der Baustelle wieder geordnet her.

Während der achtstägigen „Bewegung“ erschienen täglich die Kommissionsmitglieder, die überhaupt nicht gearbeitet haben, im Bezirksamt, bei dem Gartendirektor, beim Dezernenten des Bau- und des Arbeitsamtes, um zu „verhandeln“. Dabei bedienten sich die Herren dauernd der Hilfe kommunistischer Stadt- und Bezirksverordneten, in einem Falle wurde sogar der kommunistische Reichstagsabgeordnete Orlemicz mobil gemacht. Als die Entfernung eines Teiles derjenigen erfolgt war, die mehr Freude an „Aktionen“ als an der Arbeit hatten, wandte sich die Kommission im Interesse der Entlassenen an verschiedene Betriebe mit dem Ersuchen um Unterstützung. Es wurden Sammelkisten in Umlauf gesetzt und wie unsere Arbeiter sind, sie geben von ihrem fargen Lohn, weil sie glauben, helfen zu müssen. Erst wurden eigene Listen angefertigt, dann wurden Listen der IAW ausgegeben. Daß die Mittel Unwürdigen anvertraut werden würden, konnten die Spender natürlich nicht ahnen. Tatsächlich sind nur wenige Mark in die Hände einzelner Entlassener gekommen. In der Hauptrolle haben die Herren „Kommissionsmitglieder“ sich als Lumpen entpuppt, sie haben das Geld für sich verbraucht; von einem dieser Vertrieben ist uns bekannt, daß er in Mädchenkneipen das Geld verjubelt hat. Die Kommunisten, die die Herren kannten, rüden natürlich im



Privatgespräch von dieser Sippe ab, aber nach außen tun sie so, als ob sie dieser „Bewegung“ sich hätten annehmen müssen. Man braucht nur die großen Löhne zu hören, die einzelne dieser Kommunisten in der Stadtverordnetenversammlung von sich gegeben haben. Nachdem die „Bewegung“ zu Ende ist, und sie ist zu Ende, ist nachgeprüft worden, ob in Einzelfällen sich Härten ergeben haben und ob unter den Entlassenen sich Personen befinden, die nur aus falsch verstandener Solidarität sich an dem Rummel beteiligt haben und die auch aus anderen Gründen einer Berücksichtigung bedürfen. Im Verfolg dieser Prüfung sind einige Wiederstellungen erfolgt, in einer Reihe anderer Fälle ist auf Antrag vom Verwaltungsausschuß des Arbeitsamtes eine Kürzung der Karenzzeit für den Wiederbezug der Unterstützung eingetreten.

Beschneidung ist, daß nur ein kleiner Teil beim Verwaltungsausschuß selbst Anträge gestellt hat, weil sich die Entlassenen, unter denen sich ein großer Prozentsatz Lediger befindet, auf ihre berühmte „Kommission“ verlassen haben. Diese Kommission wird von den Entlassenen dauernd gesucht, um ihnen das Fell gehörig zu vergerben. Natürlich sind die Herren unorganisiert. Die Rolle, die die Kommunisten bei dieser Gelegenheit gespielt haben, ist wie immer doppelzüngig. Heute möchten sie von diesem Gefindel abrücken, das sie bisher gedeckt haben.

Betriebsrätewahlen im Siemens-Konzern. Rückgang der Opposition und der Gelben.

Im Dynamowerk der Siemens-Schuckert-Werke hat die Betriebsrätewahl folgendes Ergebnis gezeigt. (Die Zahlen des Vorjahres sind eingeklammert.)

Wahlberechtigt 3100 (4400), abgegebene Stimmen 2533 (3177). Die Liste der freien Gewerkschaften erhielt 1840 (1378), die Liste der „Opposition“ 895 (1337), die Betriebsgemeinschaft (Gelbe) 201 (270), ungültig waren 97 (107) Stimmen. Die Mandatsverteilung ist folgende: Liste der freien Gewerkschaften: 7 (7) Betriebsrätemitglieder und 1 (1) Ergänzungsmitglied; Liste der Opposition: 4 (6) Betriebsrätemitglieder und 2 (2) Ergänzungsmitglieder, die Gelben erhielten 1 Sitz im Betriebsrat, den sie auch früher innehatten. Bei den Angestellten fand keine Wahl statt, da nur 1 freigelegte Liste eingekommen war.

Auch hier zeigt es sich, daß der Rückgang der Wahlen und der Wahlergebnisse von links sowie von rechts ganz erheblich ist.

Angestelltenratswahlen bei der Ruhrenappschaff. Erfolg des JdL.

Bochum, 31. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Betriebs- und Angestelltenratswahlen bei der Ruhrenappschaff hatten folgendes Ergebnis: Zentralverband der Angestellten 715 Stimmen (7 Sitze), gemeinschaftliche Liste des Gewerkschaftsbundes der Angestellten und des Reichsverbandes der Bureauangestellten zusammen 488 Stimmen (4 Sitze). Im Jahre 1925 waren die Zahlen: Zentralverband der Angestellten 642 Stimmen (6 Sitze), Gewerkschaftsbund der Angestellten 113 Stimmen (1 Sitz). Der Zentralverband der Angestellten hat demnach eine Zunahme von 73 Stimmen (1 Sitz) verzeichnet, dagegen haben der Gewerkschaftsbund der Angestellten und der Reichsverband der Bureauangestellten 19 Stimmen (1 Sitz) verloren.

Die Holzarbeiterlöhne in Rheinland-Westfalen.

Dortmund, 31. März. (Eigener Drahtbericht.) Die bisherigen Tariflöhne im rheinisch-westfälischen Holzgewerbe sind bis zum 1. August verlängert worden.

Forderungen der österreichischen Beamten.

Der angekündigte Streik verhütet.

Wien, 31. März. (Eigener Drahtbericht.) Am Mittwoch vormittag hatten die Vorstände der Beamtenorganisationen eine Besprechung, in der über die Haltung des Finanzministeriums gegenüber den Forderungen der Staatsbeamten und Arbeiter berichtet wurde. Der Beschluß über den passiven Widerstand wurde genehmigt und weiter beschlossen, sofort die nötigen Schritte zu unternehmen, um der Regierung den Ernst der Situation klar zu machen und sie ins Witz zu setzen, daß als zweiter Schritt des Kampfes der Streik der Telegraphen- und Telephonangestellten in Aussicht genommen wurde. Die Vertreter der Telegraphen- und Telephonangestellten erklärten sich mit den Forderungen der Staatsbeamten und Arbeiter solidarisch. Sie sind nötigenfalls bereit, sobald die Parole an sie erteilt, in den Streik einzutreten. Die Entscheidung über die weitere Entwicklung wird am Donnerstag fallen.

Wien, 31. März. (Eigener Drahtbericht.) Am Mittwoch nachmittag hatte die Gewerkschaftskommission eine Besprechung mit den Vertretern der Staatsangestellten, worauf die Vertreter der Gewerkschaftskommission bei dem Bundeskanzler vorstellig wurden. Dieser erklärte, daß er sofort den Auftrag erteilen werde, bereits am Donnerstag Verhandlungen mit den Vertretern der Staatsangestellten über ihre Forderungen einzuleiten. Dadurch ist dem Konflikt jede Schärfe genommen und die Streikgefahr beboben.

Vertagter Kampf in der norwegischen Metallindustrie.

Oslo, 31. März. (BZB.) Der angekündigte große Streik von 30 000 Arbeitern der Metallindustrie und einiger anderer Industriezweige, der am 31. d. M. hätte ausbrechen sollen, ist vorläufig vermieden worden. Es werden neue Verhandlungen aufgenommen.

Die Zahl der Arbeitslosen in England betrug am 22. März 1 039 400, sie hat seit dem 15. März um 31 443 abgenommen.

Verband der Gemein- und Staatsarbeiter. Sitzung, Donnerstag, 8 Uhr, im Saal des Verbandsbüros, Johannstraße, 1218, 1. Gruppe, Ballversammlung der Mitglieder.

Verantwortlich für Politik: Richard Bernstein; Wirtschaft: Heinz Göttsche; Gewerkschaftsbewegung: J. Göttsche; Revolution: Dr. John Schimanski; Polizei und Gendarmen: Wolf Reichardt; Anzeigen: Th. Giedt; sämtlich in Berlin. Verlag: Fortwörter-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Fortwörter-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Unter den Eichen 2, Telefon 2, Verlags-„Unterhaltung und Wissen“ und „Frauenstimme“.

Hast Du ein Auto?

Dann pflege es. Denk' stets daran, was Du von ihm verlangst, besonders aber von seinen Reifen.

Fahr'



und Du bleibst dabei.

Continental-Strassenkarten, Handbuch und Atlas, unentbehrlich für jeden Kraftfahrer.

Die Osterzigarren

welche durch ihre Eigenart Festfreude schaffen, sind die milden.

Neu eingeführt. Packkraft 15 & Confectionär 20 &

JUHL

ZIGAREN

Erhältlich in Zigarreneschäften.





Die folgenden Schilderungen sollen einen Ausschnitt aus dem großen sozialen Elend der Portiers bringen. Sie sind nicht der Phantasie eines Zeitungschreibers entsprungen, sondern stellen die unerbittliche Wirklichkeit dar.

Freie Wohnung und 75 Mark!

Besichtigen wir zunächst ein Haus am Kaiserdamm. Das Äußere des Hauses zeigt nichts Bemerkenswertes und läßt weder seine prunkvolle Innenausführung noch die schändliche Portierwohnung ahnen. Durch einen unscheinbaren Vorgarten betritt man den bekannten Ausgang „Nur für Herrschaften!“ Man glaubt sich in ein enteignungsreifes Domizil eines unserer Gottesgnädlinge versetzt. Äußerbedeckte Marmortreppen, hölzernerle Wände, mit kunstvollen Schnitzereien geziert, belehren uns sofort, daß hier keine „gewöhnlichen Leute“ wohnen. Natürlich fehlt auch der Fahrstuhl nicht, der den mit der Sorge um das Wohl seiner Arbeiter und Angestellten schwer beladenen Fabrikdirektor bis an die Eingangspforten seiner „bescheidenen“ Wohnzimmerwohnung bringt. Leider ist es dem Fremdling nicht gegönnt, einen Blick in das Innere dieser Wohnungen zu werfen. Sie werden aber sicher zu dem prunkvollen Ausgang in keinem Mißverhältnis stehen. Allerdings gibt es hier auch Hinterhausbewohner, die aber mit den Bewohnern des Vorderhauses einer Mietkaserne bestimmt nicht tauschen würden. Ein künstlich angelegter Hofgarten mit Springbrunnen, neulichen Figuren, künstlichen Wandelgängen und dergleichen läßt das Wohnen in solchem Hinterhaus geradezu begehrenswert erscheinen. Und nun suchen wir einmal die Portierwohnung auf. Welche Enttäuschung! Zwischen dem Hauptportal und der Einfahrt liegt die Portierloge. Ein Raum von 2 Meter Breite und etwa 3 1/2 Meter Länge; anschließend noch ein Raum von gleichem Ausmaße. Diese beiden Räume bilden die „Wohnung“ des Portiers. Der vordere Raum ist Portierloge, Wohn- und Schlafzimmern zugleich, der hintere dient als Küche. Um seinen drei Kindern wenigstens räumlich eine einigermaßen Schlafgelegenheit zu bieten, hat der Portier den Logenraum „aufgesteckt“, d. h. aus Brettern eine Art Hängeboden gebaut, den die Kinder abends über eine Leiter erklimmen müssen. Der Baumeister dieses Hauses hat vergessen, daran zu denken, daß zur Instandhaltung eines solchen komfortablen Hauses auch ein Portier benötigt wird, für den ebenfalls eine menschenwürdige Wohnung geschaffen werden muß. Die Portierwohnung, von der je eine Tür nach dem Hauptportal und der Durchfahrt führt, ist durch das viele Öffnen der Türen und wegen ihrer Lage zwischen den beiden Fluren kalt und ungesund. Sie ist bestimmt nie zu Wohnzwecken erbaut worden. Wie ist es nun mit der Arbeit und Entlohnung dieses Portiers? Es gibt noch viele, die sich besonders unter dem Portier eines vornehmen Hauses einen behaglich in seiner Portierloge sitzenden und nichtstuhenden Aufpasser vorstellen. Reiz gefehlt. Der Portier, von dem hier zunächst die Rede ist, ist

Portier im Hauptberuf. Er hat außer der Bereinigung des Hauses mit nicht weniger als fünf Aufgängen, zwei Fahrstühle zu bedienen, muß die beiden Hofgärten in Ordnung halten, die Zentralheizung und Warmwasser-versorgung besorgen, die beiden verschlossenen Eingänge überwachen und die wichtigsten Reparaturen im Hause ausführen. Er ist sozusagen das Äschenbrüdel der gesamten Mieter und völlig unzulässig. Daß seine Frau mitarbeitet vom Morgen bis zum späten Abend, verleiht sich bei dem Berg von Arbeit von selbst. Welche Arbeit allein schon die Zentralheizung und Warmwasser-versorgung verursacht, kann man sich vorstellen, wenn man erfährt,



Auch eine „Wohnung“.

daß während der Wintermonate nur für die Heizung 4000 Zentner Koks von dem an der Straße gelegenen Einschüttplatz zu den Heizkesseln befördert und zerleinert werden müssen, ehe sie verfeuert werden können. Von morgens 7 Uhr bis abends 10 Uhr hat die Portierfamilie vollauf zu tun; einen freien Tag gibt es überhaupt nicht. Infolge dieser Arbeitsüberbürdung werden die Kinder wie überhaupt die ganze Familie arg vernachlässigt. Und die Entlohnung für diese Arbeit? Sie beträgt ganze 75 Mark im Monat und freie „Wohnung“. — Jede Kritik schwächte die Wirkung dieser Darstellung ab!

Der Portier im „Nebenamt“.

Wenden wir uns nun einem Haus in der Kantstraße zu. Das Haus ist etwas weniger luxuriös eingerichtet, wird aber auch nur von besseren Leuten bewohnt. Es gibt nur drei- bis fünf-Zimmerwohnungen — mit Ausnahme der des Portiers! Dieser, ein kleiner Handwerksmeister, ist nur Portier im Nebenberuf. Neben einer kleinen Portierloge besteht seine gesamte Wohnung aus einem einzigen Raum von etwa 4x4 Meter. Dieser Raum, dessen einen Teil unser Bild veranschaulicht, dient zugleich als Küche, Wohn-, Schlaf- und Badezimmer für die beiden Eheleute und zwei Kinder, ein Mädchen von 19 Jahren und einen Jungen von 15 Jahren. Die Luft in diesem engen, lichtarmen Raum ist geradezu betäubend, schlimmer als in einem Unterstand während des Krieges. Die Bewohner sind ein getreues Spiegelbild dieses Winkels. Bleich und hohlwangig, mit ewigem Husten behaftet, ein lebendes Schanddokument unserer heutigen Gesellschaftsordnung. Sie hatten erst eine nach der Straße gelegene Parterrewohnung inne, die aber zu Geschäftszwecken vermietet wurde. Um des hauswirtschaftlichen Profites willen mußte der Portier diese Wohnung räumen und sich mit diesem ungesundem Loch bescheiden. Da es sich um einen Portier im Nebenberuf handelt, mühte man annehmen, daß die Arbeit nur so gering ist, daß sie von der Frau bewältigt werden kann. Das ist jedoch nicht der Fall. Es muß hier ebenfalls eine Zentralheizung bedient werden, die im Monat 300 Zentner Koks verschlingt, ferner sind vier Aufgänge und der Hof zu bereinigen, der verschlossene Eingang zu überwachen und ein Fahrstuhl zu bedienen. Daß bei so vielen Obliegenheiten der Mann ebenfalls fast den ganzen Tag über mitarbeiten muß, ist leicht verständlich. Der Lohn beträgt 60 Mark im Monat und ebenfalls freie „Wohnung“.

Die „Reinmachefrau“ im Osten.

Und nun zum Schluß ein Haus in der Blumenstraße. Eine regelrechte Mietkaserne, erfüllt vom „Armeuleutegeruch“ und vom Lärm spielender Kinder. Das Innere des Hauses steht mit seinen Bewohnern durchaus im Einklang. Die ausgebreiteten narrenbreiten Holztreppen gleichen den verhärmten, abgerissenen und abgearbeiteten Hausbewohnern. Kein schöner Hofgarten erfreut hier das Auge. Der Hof ist umfäumt von den fahlen Giebelwänden der anliegenden Häuser und wird von den Müllkästen und der Teppichklopfanlage geziert. Die Hausreinigungsarbeiten werden von einer Witwe beorgt. Gewiß ist die Arbeit nicht so umfangreich, wie in den vorbenannten komfortablen Häusern, ist an sich aber um ein vielfaches unangenehmer und schmutziger. Wo so viele Mieter eng zusammengedrängt wohnen, werden auch die Aufgänge bedeutend mehr verunreinigt. Da werden auf den Treppen die Schuhe gepußt, die Kleider ausgebürstet, der Gang zum Müllkasten führt mit gefüllten Eimern über die Stiegen. Und das alles im Vertrauen auf die allzeit dienstbereite Portierfrau. Dazu kommen weiter die Schikanen des Hauswirts, dem die Portierfrau das Haus nie sauber genug hält. Wie wohnt nun diese Frau und wie bekommt sie ihre Arbeit bezahlt? Eine wacklige Wendeltreppe führt zu einer Hofwohnung im oberen Stock. In einer neuweidigen kleinen Küche, in der außer der vorinsinulischen Kochmaschine gerade noch ein Küchenpind Platz gefunden hat, und einer dürftig möblierten Stube, in der die Tapeten in Fetzen von den Wänden hängen, „wohnt“ die Alte. Als Lohn für ihre Arbeit draucht die Frau für die „Wohnung“ keine Miete zahlen und bekommt „noch“ 9 Mark im Monat dazu. Scheuerlappen, Putzzeug und dergleichen notwendige Dinge werden aber so spätlich und so selten geliefert, daß die Frau sich den größten Teil noch von dem Geld selbst kaufen muß.

Das sind nur drei Beispiele, die aus den Tausenden von ähnlich gelagerten Fällen herausgegriffen sind. In den seltensten Fällen sieht es besser, oft aber noch schlechter aus. Die größte Schuld an

Onkel Moses.

Roman von Schalom Ush. (Schluß.)

Ueber seinen Anblick vergaß sie einen Augenblick, warum sie eigentlich gekommen war. Es kam ihr so vor, als habe er sich in der Zeit, seit sie einander das letzte Mal gesehen hatten, gar nicht verändert, und als sei sie, wie einst, wie eine junge Kameradin zu einem Kameraden gekommen, damit er sie zu einem Spaziergang mitnehme.

„Ich habe mit dir etwas zu sprechen, Charlie,“ begann Mascha mit ihrem echten, freien Lächeln, das sie sich aus der Zeit lieb, da sie noch ein Mädchen gewesen war, „komm mit mir hinaus.“

„Leider, du kennst doch die Situation. Die Arbeiter sind mißtrauisch, und sie würden reich Gott was denken, meinen, ich wolle sie verkaufen; wir wollen lieber hier sprechen.“

Mascha begann sich, wo sie war. „Ja, du hast recht, ich habe dir etwas sagen wollen, vielleicht ein anderes Mal. Doch jetzt bitte ich dich, nimm das für die Landsleute, es ist alles, was ich besitze,“ damit wollte sie Charlie ihr Paketchen mit Schmuck übergeben.

Doch Charlie lächelte zurück: „Mascha, ich kann das allein nicht nehmen. Wir müssen das Streikkomitee fragen, ob es das annehmen will.“

„Ja, ja, ich werde warten.“ Charlie rief ein paar Landsleute in eine Ecke des Saales und besprach sich leise mit ihnen. Er kam bald zurück und sagte mit seinem kindlichen Lächeln:

„Es tut mir sehr leid, Mascha, aber die Arbeiter wollen es nicht annehmen. Sie wollen keine Geschenke nehmen. Und dann, deine Stellung.“ Charlie unterbrach sich, „du verstehst, Mascha, es tut mir leid.“

„Kein Geschenk. Das ist meine Abgabe für den Streik, ich streike auch, ich will auch streiken, Charlie, ich will auch bei ihnen sein, mit ihnen zusammen sein — ich will das selbe Los haben, wie sie — wie ihr, mit euch zusammen.“ In Maschas Augen standen Tränen.

„Was ist dir, Mascha, fühlst du dich nicht wohl?“ „Gar nichts, du hast recht, ja, ich verstehe, ich bin dein „Feind“ — von einem Feind darf man nichts annehmen. Ja, ihr habt recht — es ist gut so —, good bye, Charlie, ich danke dir.“

„Aber, was ist dir? Warte einen Augenblick, ich gehe mit dir, ich bringe dich nach Hause!“

„Nein, geh nicht mit mir. Die Landsleute könnten mißtrauisch werden, nein, nein, du darfst nicht mit mir gehen — ich gehöre zur anderen Seite, ich bin am anderen Ufer —, ihr habt recht, good bye, Charlie!“ Eilig verließ sie die Kongregation.

Gegen Abend kam Mascha heim. Im ganzen Hause war es dunkel, nur oben im Schlafzimmer schien ein Licht. Die verschiedenfarbigen Lichterleuchte schlugen ihr entgegen, welche der Onkel hatte einrichten lassen. Als sie die Stufen emporstieg, hörte sie des Onkels greisenhafte tiefe Stimme und sein schweres Lachen. Einen Augenblick blieb sie in der offenen Tür des Schlafzimmers stehen und sah hinein. Der Onkel saß auf dem Sofa und spielte mit den Händchen des Kindes, welches neben ihm lag. Er lachte und freute sich an dem Kinde; er bedeckte seine kleinen Händchen unaufhörlich mit laut schmatzenden Küffen. Als der Onkel sie in der Tür bemerkte, jauchzte er mit strahlenden Augen auf:

„Komm her, Mascha, komm her, sieh nur seinen Mund — er wird mir ähnlich, wahrhaftig, er wird mir ähnlich.“

Mascha trat näher und betrachtete das Kind. An den starken energischen Lippen, an der langgeschneitten Nase, an dem festen, energischen Atem erkannte sie ihn. Das rote Licht des Zimmers erinnerte sie an ihre Schande, und sie fühlte sich „am anderen Ufer“.

8. Einsamkeit.

Im Geschäft bei „Reinlt and Company“ ging ein alter Mann umher, den die Angestellten aus Gewohnheit halb im Ernst, halb im Scherz „Onkel“ nannten. Der alte Mann verbrachte seine Zeit zumeist oben in der Werkstätte unter den Arbeitern. Er setzte sich zu ihnen hin und war ein gern gesehener Gast, da er Geschichten von der alten Heimat, von Kusmin, erzählte. Gar oft lenkte der Greis die Arbeiter völlig von ihrer Arbeit ab. Da erschien dann der Vorarbeiter, der Better Mones, den Sam ins Geschäft genommen hatte, ging auf den Onkel zu und klopfte ihm auf die Schulter: „Komm mit, Onkel.“ Und wenn der Onkel nicht gehorchte, ging der Better und holte den Chef, Sam. Und ebenso wie einst der Onkel mit gütlichem Zureden seinen Vater von den Schneidern fortgezogen hatte, so tat es jetzt Sam mit dem Onkel. Sams ernstes Gesicht wurde zur freundlichen Miene, er sah den Onkel weich beim Arm und sagte gutmütig:

„Schämen Sie sich nicht, Onkel? Kommen Sie doch mit.“ Der Onkel schämte sich wirklich und ging wortlos mit Sam hinunter.

Dann ging er ein wenig im Bureau und im Geschäft umher und warf den Angestellten ein paar Bittworte zu. Doch das wurde ihm bald langweilig, und er ging in das kleine

Gasthaus, welches sich gegenüber dem Geschäft von „Reinlt and Company“ befand.

Mascha wurde Sam gemeldet, daß der Onkel ins Gasthaus gegangen sei. Sam schämte sich, daß sein Onkel im Gasthaus saß und schickte den Better Mones hinüber, damit er ihn fortbringe. Gewöhnlich mußte er dann selbst gehen, und dann sagte er mit ernstem Gesicht, ohne das freundliche Lächeln: „Schämen Sie sich nicht, Onkel? Kommen Sie mit.“ Ein Laufbursche vom Geschäft brachte dann den Onkel nach Hause.

Einmal ging der Alte in ein billiges Restaurant im gaskischen Viertel, wo Väter und Meßger verkehrten. Dort wurde er wie ein alter Bekannter aufgenommen. Doch als der Alte angeunken war, begann er unansündige Reden zu führen, sprach unaufhörlich von Kindern, die er mit der Wirtin hätte und forderte seine Kinder zurück. Der Mann der Wirtin rebete ihm gütlich zu, es passe sich nicht für einen alten Mann, solche Reden zu führen, es sei viel geziemender für einen Greis, im Beth-Hamidrasch zu sitzen und Palmten her zu singen, statt in Gasthäusern herumzulungern. Damit öffnete der Wirt die Tür und ließ den Gast gehen. . . .

Eines Tages kam der Onkel, als er dem Beizenzug eines Landsmannes folgte, auf einen Friedhof. Der Name des Friedhofs kam ihm bekannt vor, und er erinnerte sich, daß hier jemand lag, der ihm sehr nahestand. Er ging ins Friedhofsannt und fragte nach dem Grab seiner ersten Frau, die fast zwanzig Jahre schon begraben lag. Man sah in den Büchern nach und gab ihm einen Diener mit. Witten unter wohlgepflegten Gräbern stand ein verlassener Grabstein auf einem mit Unkraut bezechener Grabe, das vergessen dalag. Der Onkel blickte auf den Grabstein, und Erinnerungen an vergangene Jahre erstanden in seinem Kopf. Neben dem Grabe war eine Grabstelle umzäunt, welche nicht belegt war. Es war die Stelle, welche er sich neben seiner verstorbenen Frau gekauft hatte.

Blicklich wurde es ihm klar: In diesem Grabe lag sein Leben, seine Jugend. Und neben dem Leben lag sein Grab und wartete auf ihn.

Er hatte gehastet, gehandelt, Liebe gekauft, Leben seinem Willen untertan gemacht — und hier lag still sein Grab und wartete auf ihn. Es war ihm, als verstände er nun, warum das Leben welches er sich gebaut hatte, zusammengebrochen war. Er hatte auf einem offenen Grabe gebaut. Und es dauerte nicht mehr lange, da füllte er das offene Grab, welches die ganze Zeit neben seinem vergessenen Leben auf ihn gewartet hatte. . . .

Kaiser und Kumpel.

(Aus den Erinnerungen eines alten Bergmanns.)
Von August Siegel.*

Es war am 5. Mai 1889, Samstag. Abends kam ich von Kupferdreh, wo ich in einer Bergarbeiterversammlung gesprochen hatte. In Dorstfeld teilten mir Polizeibeamte mit, daß ein Streik ausgebrochen sei. Die Kunde stimmte. Montag früh waren schon einige Zechen im Dortmunder Revier mit Militär besetzt. Beim Anblick der Soldaten gingen die Kumpels wieder um; so kam eine Zechen nach der anderen zum Stillliegen.

Am Dienstag abend, eben aus der Grube gekommen, ließ mich der Betriebsführer zu sich kommen und sagte mir: „Siegel, Sie wissen, es ist ein Streik ausgebrochen. Es wird bereits in unserer nächsten Nähe gestreikt. Ich vertraue jedoch auf den gesunden Sinn meiner Belegschaft. Sollte der Streik auch nach hier übergreifen, so ersuche ich Sie, Sorge zu tragen, daß nichts vorkommt. Ich weiß, daß, obwohl ich es gut mit meiner Belegschaft meine, sie

Ihnen eher ein Wort glaubt, wie mir zehn.

Sollte was passieren, sehen Sie, würde mir vorgemerkt, nicht früh genug unlautere Elemente entfernt zu haben. Ich bin schon dreimal aufgefordert worden, Sie zu entlassen, habe es aber nicht getan; stets sagte ich: Der Mann sucht seine und seiner Kameraden Lage zu verbessern; wer will ihm das verdenken?“

Ich versprach ihm, mein Möglichstes zu tun. Auf „Zollern“ ist auch nichts vorgefallen. Mittwoch mittags, da ich auf der Zechen erschien, lagerte die Belegschaft der Mittagschicht auf dem Zechenplatz. Alle hatten ihre Lampen und Marken genommen. So tat auch ich, ging aber mit meinem Kumpel zum Schießstein, weil ich wußte, auf mich hat man ein besonderes Auge. Wir hatten eben mit Schleifen angefangen, als der Direktor im Aufschwagen angefahren kam. Schnell gefellte ich mich zu den Leuten. Der Direktor sprang rasch aus dem Wagen und rief: „Leute, ich kann mit euch allen nicht verhandeln. Wählt drei Mann, die zu mir herein kommen mögen.“ Schon nannten die Beamten zwei Namen. Aus der Belegschaft hörte man nur: „Siegel soll mitgehen!“

Mittlerweile waren wir schon in der Tür der Steigerstube, traten hinein, wo der Direktor zu uns sagte: „Leute, wir wissen, daß gewissenlose Agitatoren im Ruhrgebiet herumlaufen und euch alles mögliche und unmögliche vorreden. . . Ich unterbrach ihn: „Herr Direktor! Sie werden entschuldigen! Ich bin einer von den Gewissenlosen. Was wir den Leuten sagen, sind bittere Wahrheiten!“ „Es mag sein, wie es will“, erwiderte er, „wir sehen unseren Leuten zu, soweit wie es uns nötig scheint. Haben auch schon zugehört!“ „Das ist wahr, Herr Direktor“, warf ich wiederum ein, „in einem Revier haben die Leute

einen halben Pfennig pro Wagen mehr

bekommen.“ Er erklärte weiter: „Wissen Sie, was wir aus Gutherzigkeit tun wollen, das tun wir; aber abtropfen lassen wir uns nichts. Teilen Sie dies den Leuten mit. Wer anfahren will, soll das sofort machen, und wer nicht will, hat auf der Stelle den Zechenplatz zu verlassen!“

„Noch eins, Herr Direktor, ich ersuche Sie dringend, die bewaffnete Macht hier wegzulassen.“ „Warum?“ war seine Antwort. Da sagte ich ihm, daß der Anblick der Uniformierten die Leute unlagbar aufreize. In dem Augenblick drang von draußen ein Hurraufen herein, die Tür öffnete sich und herein trat der Polizeikommissar von Büdingenmund. (Meine beiden Begleiter hatten übrigens sein stillgeschwiegen.)

Ich ging hinaus und entledigte mich der Direktorsworte, denen ich folgende Aufforderung folgen ließ: „Kameraden! Ihr wißt, wie brutal wir die langen Jahre von unseren Arbeitgebern behandelt worden sind. Nun, da der Streik ausgebrochen ist, ersuche ich euch, in aller Ruhe den Dingen entgegenzusehen, die jetzt kommen. Was die Macht entscheidet, aber vor allem: haltet euch ruhig. Unruhe kann unsere Sache nur schädigen.“ Darauf gab ich Lampe und Marke ab und ging. Meinem Beispiel folgte in größter Ruhe die ganze Belegschaft.

Zu Ende der Woche lagen alle Zechen still, auch die Belegschaft der Zechen „Dorstfeld“ hatte sich dem Streik angeschlossen. Einer von denen, die 40 bis 45 Schichten im Monat verfahren hatten, sagte zu seinem Reviersteiger: „Dafür, daß Sie alle die auswärtigen Leute angenommen haben, hätten Sie uns lieber ein paar Ueberstichten zukommen lassen sollen.“ Der Steiger sah ihn verwundert an und erwiderte: „Was, habt ihr noch nicht genug Schichten gemacht?“

In einer öffentlichen Versammlung gefellte ich das Benehmen der Beamten, hauptsächlich der Nachforderer. Räumlich: wenn ein Kumpel ein paar Minuten vor Schicht am Schacht erschien, so wurde er wegen zu frühem „Schichtmachen“ bestrift. Gewöhnlich lautete dann die dazu gehörige Randbemerkung des Betriebsführers so: „Leute,

Ihr erkaltet euch ja.

wenn ihr so lange am Schacht sitzen müßt.“ Hatte man aber noch nicht genügend gefördert, um die Prämie des ehrenwerten Herrn zu garantieren, so ließ man die Kameraden bisweilen eine halbe, ja auch dreiviertel Stunden am Schacht in ihren nassen, durchgeschwitzten Kleidern hocken. Da war die Gefahr der Erkältung auf einmal verschwunden.

Wir Führende hatten nun sozusagen Tag und Nacht nicht Ruh. Menihalben begehrte man uns als Redner. Ich kam öfters nachts 12 Uhr nach Hause und ging morgens 5 Uhr wieder los, häufig zu Fuß, um ja zur rechten Zeit in den Versammlungen zu sein. In den Streikversammlungen kam nun der seit fünfzehn Jahren unterdrückte Groß zum Durchbruch, manchmal mit nicht gerade geschickten Worten. Darob große Angst bei unseren Feindern. Sie fürchteten sich vor den Riesen der Tiefe. Also Soldaten als Schützer herbei! Auf Schachtanlagen, wo kein Kommando hingeschickt war, holte man abends die Zechenpferde aus dem Stall. Dann

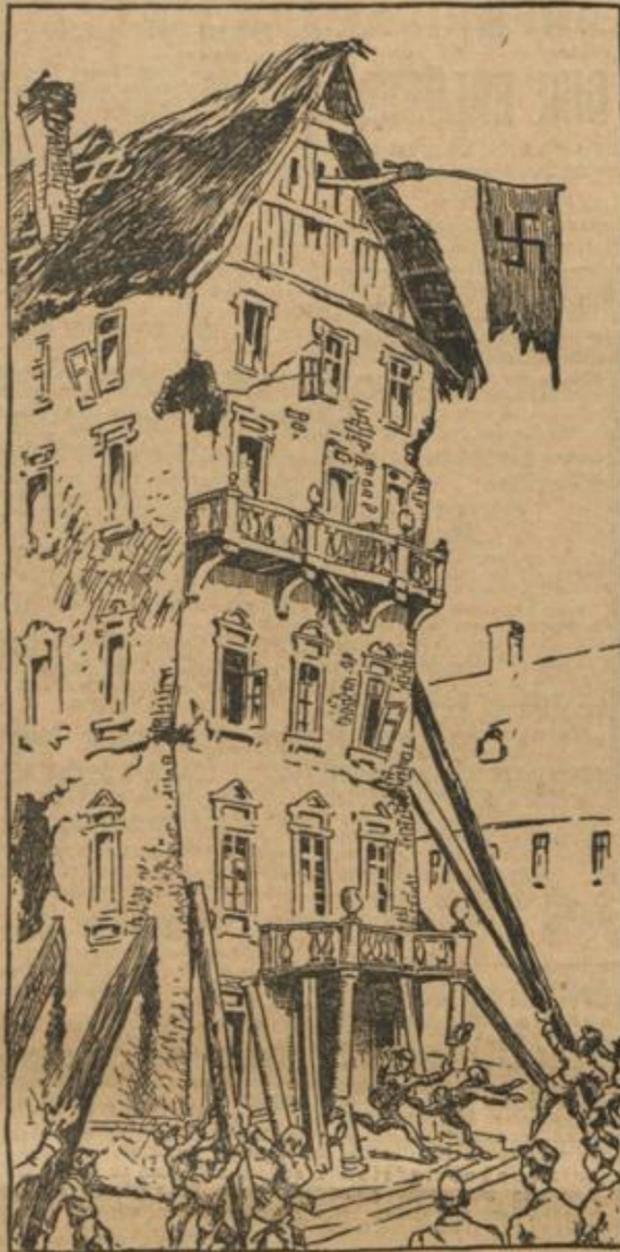
sagen sich die Beamten welche Hemden an

und ritten des Nachts um die Zechen herum, so daß die Leute glaubten, Kürassiere hielten die Wacht. Auf einigen Stellen wurden sogar Leute erschossen. So in Bochum, auf Zechen „Krotte“ und „Schleswig“. Die Opfer waren meist unschuldige Menschen. Den Befehl zum Schießen hatten junge Leutnants gegeben, die dafür später dekoriert wurden.

In Dorstfeld hatten wir unsere Versammlungen bei dem Wirt Schuhmann, einem eifrigen Antisemiten, der den Leuten weis machte, der Kaiser würde, wenn er vom Elend hierzulande wüßte, den Bergleuten gern helfen. Die Worte liefen herum, und in einer großen Versammlung stellten einige Kameraden den Antrag, eine Deputation zu Wilhelm II. zu schicken. Jubelnde Zustimmung war die Antwort. Wie aus einem Munde schlug man Bunte, Schröder und Siegel vor. Es war unmöglich für uns, abzugehen, obwohl wir wußten, daß die Kronhäupter und Staatsminister nur die Dienstmägde der Kapitalisten waren. Wir frugen übrigens unseren alten Ratgeber W. Tälke, ob wir nach Berlin gehen sollten. Er sagte: „Ihr müßt schon gehen. Wenn ihr's nicht tut, so wird wahrscheinlich der große Belagerungszustand über das Ruhrrevier verhängt. Dann habt ihr ganz verloren. Durch den Gang nach Kanossa werdet ihr diese Entwicklung verhindern.“

In jenem Abend, wo man die Deputation vorgeschlagen und bestimmt hatte, war noch eine Depesche abgegangen, in der wir anfragten, ob der Kaiser gewillt sei, eine Deputation zu empfangen.

Das völkische Haus.



Sie hatten gebauet ein stailiches Haus,
In Saus und Braus. Nun ziehen sie aus.
Unheimlich grollen die Erdbewenlöche.
Man vertraute auf Gott und baute auf Sand.
Vorbei die architektonische Größe!
Hier blättert der Kalk, hier wackelt die Wand!
Im Keller die Handgranatendepots,
Bald gehen sie los, die Gefahr ist groß.
— Noch einen Stoß, dann ist alles taputt.
Was übrig bleibt, ist ein Haufen Schutt!

Am 12. Mai kam die bejahende Antwort. Wir mußten uns nun beim Landrat vorstellen. Leider konnte man meiner Person zu diesem Zweck nicht habhaft werden. Ich war in Werne, sprach in einer Streikversammlung, wo trotz Ueberfüllung und zweier Kompagnien Infanterie alles ruhig verlief. Meine Freunde stellten sich also dem Herrn Landrat allein vor. Ich mußte den nächsten Tag zu ihm kommen. Auf meine Frage, was er wollte, erzählte er mir, wieviel

Ziegen im Landkreis Dortmund

vorhanden wären, wohl nur, um eine Antwort zu geben. Wahrscheinlich wollte er bloß sehen, ob ich ein gefährlicher Mensch wäre; denn wie leicht konnte „Seiner Majestät“ ein Haar gekrümmt werden. Währenddem hielten meine Freunde eine Sammlung bei den Geschäftsleuten ab, um das Reisegeld zusammen zu bringen. In knapp zwei Stunden hatten sie es. Am gleichen Abend gingen wir noch zum Bahnhof. Da waren viele „Hohelien“ vertreten, um uns abfahren zu sehen. Man hatte uns geraten, Bergmannsuniform anzuziehen. Doch dafür waren wir nicht zu haben. Ich entfinne mich noch genau, wie wir ein Gewisse rief, auf Frechheiten dem Kaiser die Antwort Jakobis vorzuhalten: Das ist ein Unglück der Könige, daß sie die Wahrheit nicht hören wollen.

Wir versuchten auf unserer Fahrt nach Berlin ein Wagenabteil für uns allein zu bekommen, was uns leider nicht gelang. Als das Signal zur Abfahrt gegeben wurde, sprang ein Herr, der bis dahin auf dem Bahnsteig hin und her gegangen war, schnell in unser Abteil, wo auch unser Gepäck bereits verstaute war. Es war ein

Gehelpmopolist.

Wir unterhielten uns über gleichgültige Dinge, kamen aber auch mit ihm ins Gespräch. Er erzählte uns, daß er in Berlin ein kleines Hotel wisse, das in der Nähe des Bohnhofs liege; dort könnten wir billig logieren. Wir versprachen hinzugehen. Beim Aussteigen, des Morgens, wurden wir gleich von einer Schar Zeitungsmenschen umringt, die später alle möglichen Dinge über uns bekannt gemacht haben. So schrieb einer: „Die Deputation besteht aus einem Obersteiger und zwei Steigern.“ Gewiß, gewöhnliche Bergleute konnten es nicht sein.

Ein Abgesandter kam auf uns zu und fragte uns, wo wir zu logieren gedächten, damit er uns finden könne; denn die Stunde der Audienz sei noch nicht festgesetzt. Er ging auch mit nach dem uns angeratenen Hotel, wo wir Zimmer Nr. 12 angewiesen bekamen. Eine Stunde später logierte sich der Polizeihauptmann von Hamburg in Nr. 11 ein. Für unseren Schutz waren also genügend Vorkehrungen getroffen, obgleich wir unserer paar Groschen wegen keinen Raubanschlag befürchteten. Um 12 Uhr brachte der Abgesandte die Nachricht, daß wir um 3 Uhr im Schloß sein sollten. Wir fuhren per Droschke. Krum ausgehieben, kam ein Herr auf uns zu, der uns den genauen Weg zeigte. Im Tor stand ein Doppelposten, eine Treppe höher ein Gardejäger ohne Waffen. An der Tür des Fahnenlaufs trat erneut ein Herr auf uns zu, der uns Instruktion dahingehend erteilte: „Die ganze Sache darf nur 10 Minuten dauern und

während dieser Zeit muß auch der Kaiser sprechen. Sprechen Sie laut und deutlich.

Seine Majestät hören schwer.

Einer von Ihnen darf nur sprechen. Und vergessen Sie nicht, Seine Majestät anzureden mit Euer Gnaden.“

Wir guckten einander an. „Was“, sagte Schröder, „der Mann hat einen lahmen Arm, hören tut er auch nicht gut. Was ist denn eigentlich alles mit ihm los?! Doch nur einer reden durfte, wußten wir schon vorher. Als Sprecher hatten wir Schröder bestimmt; er war der älteste, auch hatte er seine Kriegsbentmünze von 1870/71 angesteckt, die ich vorher noch nie bei ihm bemerkt hatte. Im Fahnenlaal befanden wir uns erst die Gegenstände. Da standen eine Renne Fahnen, auch Bleisoldaten von alten Zeiten und Kriegsschiffe in kleiner Nachbildung alles mit Glas überzogen, um den Staub abzuhalten. Während wir noch dastanden, kam der Minister des Innern, Herfurth, herein, der an uns vorbei in ein Zimmer trat. Vor uns lief ein Diener immer auf und ab, öffnete bald diese, bald jene Tür, um zu sehen, woher der Kaiser kam, bis der schließlich, gekleidet in die Uniform der Kürassiere, eintrat. Da ich in der Mitte meiner Kameraden stand, nahm er gerade vor mir Stellung. Wir verneigten uns etwas und so tat auch er. Ich war äußerst erstaunt; so hatte ich mir den Landesvater „von Gottes Gnaden“ nicht vorgestellt. Sein

schwarzgelbes Gesicht

mit dem finsternen gebietenden Blick war zu vergleichen mit dem Gesicht eines Rannes, der tags zuvor dem Wein übermäßig zugesprochen hatte. Gedanken stiegen in mir auf: Wieviel Summen in seiner Umgebung für Dekorationen verschwendet werden, zumal wenn er Besuche abstattete, und welchen Kontrast das bildete zu dem Hungergeschickel der unterernährten Arbeiterkinder. Doch war nicht länger Zeit zum Vergleichziehen.

Schröder begann: „Wir überbringen Eurer Majestät die Grüße von hunderttausend Bergleuten, und diese bitten um Eure Gnade. Sprechen Eure Majestät ein kaiserliches Wort, so wird die Ruhe wieder hergestellt und Millionen von Tränen getrocknet.“

„Was ist Euer Wunsch?“ hob der Kaiser an.

Schröder erwiderte: „Die von unseren Vätern ererbte achtstündige Schichtzeit und dabei soviel zu verdienen, daß wir unsere Familien ehrlich und ordentlich ernähren können.“

Darauf der Kaiser: „Ihr habt den Kontrakt gebrochen und dadurch die Werksbesitzer schwer geschädigt. Ich habe bereits Schritte getan, die Sache untersuchen zu lassen. Ich habe alle meine Negationsorgane beauftragt, die Sache genau zu untersuchen, wen die Schuld trifft. Sollte die Sache aber eine Varietätsvorführung werden, hauptsächlich zur sozialdemokratischen — ein Sozialdemokrat ist bei mir ein Reichs- und Vaterlandsfeind —, so werde ich alle Meine Macht einsetzen und Meine Macht ist stark. Dann werde ich aber auch

alles über den Haufen schießen lassen.

Sollte das aber nicht sein, so seid Ihr Meines Kaiserlichen Wohlwollens und Meines Schutzes sicher.“

Schröder: „Wir danken Euer Majestät für die gewährte Audienz.“

Wir verneigten uns wieder etwas und verließen den Saal. Wie wir draußen waren, meinte Schröder zu uns: „Man ärgert den Stier mit dem roten Lappen bis er um sich beißt.“ Der Stenograph kam uns nach, um sich zu vergewissern, ob er richtig stenographiert habe, und ging dann zum Minister Herfurth. Der änderte die ganze Rede des Kaisers um, und so verfiel die erschienen drei Stunden später in der „Nationalzeitung“, aus der sie alle deutschen und auswärtigen Zeitungen abdruckten. Da war mit einem Schläge die ganze Welt belogen worden.

Nächtlicher Heimweg.

Von Max Bernardi.

Am Schlesienschen Bahnhof begegnet mir eine Dirne mit schwarzen Locken unter dem Hut. Es ist finster und nur undeutlich erkenne ich ihr Gesicht mit den zerfurchten Zügen.

„Drei Mark!“

„Nein — zwei Mark!“ antwortete ich scherzhaft. Sie überlegt, schwankt und — fährt mich unter. Zu meinem Entsetzen. Das hatte ich nicht erwartet!

In einem Kellerloch verschwanden wir. Ein winzig kleiner Raum, der als Küche, Schlafraum und Empfangsalon diente. Eine alte Dunkelkammerlampe spendete „Licht“.

„Zwei Mark!“

Ich gab ihr die zwei Mark. In ihr vergrämtes Gesicht trat ein triumphierendes Lächeln. Jetzt hatte sie gewonnen. Sie nahm den Hut ab. Er verdeckte weißgraue Haare, nur die Locken an den Schläfen waren schwarz gefärbt. Sie mußte wenigstens an die sechzig Jahre sein.

Sie trug eine Hose aus schwarzem Flanell und ein Strumpf war mit Bindfäden befestigt. Sie tat mir leid. Diese alte Frau — und wenn es zehnmal eine alte Hurenwettel war — könnte meine Mutter sein.

Und im Gedanken an meine Mutter fiel mir ein, daß ich schon lange gesäumt hatte, Blumen auf ihr Grab niederkulegen.

„Hast du nichts zu essen?“

„Nein.“ Ich bespottete meine Taschen. Doch ja, eine Stulle vom Morgen. Die gab ich ihr. Sie aß gierig und formte die gute Butter nicht genug loben. Wo ich die wohl gekauft hätte.

„Von einem Gut an der Ostsee hat man sie mir geschickt.“

Dachte sie nach, wie das wohl sein könnte, ein Gut an der Ostsee? Sah sie grüne Weiden, Viehherden, Buchenwälder, die schimmernde See — —?

Nichts davon.

„Ich habe seit heute morgen nichts gegessen.“

„Du mußt dir eine andere Beschäftigung suchen — vielleicht Blumenverkaufen am Potsdamer Platz.“

Sie blickte von ihrem Lager zu mir nach der Türe.

„Ja — aber woher nehmen — die Blumen, den Stand, die Konzeption —“

Tränen rannen ihr über das zermürhte, schlecht geschminkte Gesicht.

Ich legte ihr zehn Mark auf den Stuhl und schlich hinaus. Das Blumengeld für meine Mutter Grab — sollte sie es haben.

In der frischen Nachtluft atmete ich und, ja, ich freute mich meines guten Wertes. Eine stille, reine Freude.

Und während ich in den Sternen das Bild meiner Mutter suchte, huschte eine Gestalt an mir vorbei. Die Alte, den Hut schief auf den schwarzen Locken, einen Schläger summend. So ein Erlebnis hatte sie noch nicht gehabt. Gewiß lachte sie über solch tolle Dummheit.

Und ich?

Ich ging heim und schief in meiner tolen Dummheit wunderroll.

* Am heutigen Tage feiert der Genosse August Siegel, einer der drei „Kaiserdelegierten“ von 1889, seinen 70. Geburtstag.

Die amerikanische Goldmilliarde.

Zur Freigabe des beschlagnahmten deutschen Privateigentums.

Ebenso wie alle anderen Staaten, die mit Deutschland im Kriege standen, haben auch die Vereinigten Staaten bald nach ihrem Eintritt in den Krieg (1917) die Beschlagnahme des deutschen Besitzes ausgesprochen. Umgekehrt hat die deutsche Regierung den amerikanischen Besitz in Deutschland unter Zwangsverwaltung gestellt. Da vor dem Kriege Amerika ein Schuldnerland war, d. h. also weitgehend mit fremdem (auch deutschem) Kapital arbeitete, während andererseits die amerikanischen Kapitalanlagen in Deutschland verhältnismäßig unbedeutend waren, so ergab sich, daß der deutsche Besitz in den Vereinigten Staaten, der von der Beschlagnahme betroffen wurde, um ein Mehrfaches größer war, als umgekehrt das beschlagnahmte amerikanische Eigentum in den Vereinigten Staaten. Ferner kommt hinzu, daß in der Zeit zwischen Kriegsausbruch und amerikanischer Kriegserklärung große deutsche Vermögenswerte, in erster Linie Schiffe, dann aber auch „flüssiges“ und „bewegliches“ Vermögen anderer Art (z. B. Wertpapiere) aus dem Machtbereich der kriegsführenden Staaten vor der drohenden Beschlagnahme nach den Vereinigten Staaten geflüchtet waren. So erklärt es sich, daß private deutsche Vermögenswerte in Höhe von weit über einer Milliarde Goldmark von der Beschlagnahme betroffen wurden — abgesehen von dem staatlichen Besitz, der im Vergleich hierzu relativ gering ist. (Die beschlagnahmten amerikanischen Werte, einschließlich der Verluste aus der Zerstörung privaten Eigentums im Kriege, betragen demgegenüber nur 550 bis 500 Millionen Mark.) In der Hauptsache handelt es sich bei dem beschlagnahmten Eigentum um ganz große Vermögensobjekte, wie Beteiligungen an Unternehmungen und Grundstücksbesitz, Schiffe, Dockanlagen, ferner Patente und Funkstationen.

Bei der Art dieser Vermögenswerte, die naturgemäß keinen festen Marktpreis haben, ist es verhältnismäßig schwierig, ja unmöglich, zu genauen Werthätzungen zu kommen. Nachdem bereits im März 1923 durch ein amerikanisches Gesetz (die Winstow-Bill) die sämtlichen kleineren Vermögen — bis zur Höhe von 10 000 Dollar — aus der Beschlagnahme freigegeben und den früheren Eigentümern zurücküberlassen worden waren, verbleibt immer noch eine Summe von rund einer Milliarde Mark unter Beschlagnahme. Nach dem Gesetzentwurf des Abgeordneten Ogden Mills, der am 29. März dem amerikanischen Parlament eingebracht wurde, soll nun auch dieser Betrag an die deutschen Eigentümer zurückgegeben werden. Dabei ist die Erwägung maßgebend, daß die Vereinigten Staaten nunmehr einen Anteil aus den deutschen Reparationszahlungen (nach dem Dawes-Plan) erhalten, so daß sie nicht mehr darauf angewiesen sind, sich am deutschen Privateigentum für die Kriegskosten schadlos zu halten. Insbesondere wird es jetzt möglich, die Ansprüche der amerikanischen Bürger, die durch die Beschlagnahme von Vermögenswerten durch Deutschland entstanden sind, aus den deutschen Jahreszahlungen und aus dem bisherigen Zinsertrag der beschlagnahmten deutschen Vermögen zu befriedigen. So kann das Pland, als das der beschlagnahmte deutsche Privateigentum bisher angesehen wurde, freigegeben werden.

Rückerstattung oder Entschädigung.

Die Rückerstattung an die deutschen Eigentümer kann nur zu einem Teil — nämlich soweit die beschlagnahmten Werte, wie Landbesitz, Betriebsanlagen, Wertpapiere usw. noch im vollen Umfang erhalten sind — durch einfache Rückgabe an den früheren Besitzer geschehen. Bei solchen Vermögenswerten, die, wie Schiffe oder Patente, Funkstationen usw., inzwischen eine andere Verwendung gefunden haben oder erheblich verändert worden sind, muß eine Entschädigungszahlung erfolgen. In dem ursprünglichen Plan über die Rückgabe des beschlagnahmten Vermögens, der nach dem Namen des amerikanischen Schatzsekretärs

(Finanzministers) als Mellon-Plan bezeichnet wird und am 3. Dezember 1925 öffentlich bekanntgegeben wurde, war vorgesehen, daß die Rückerstattung durch Ausgabe von besonders zu schaffenden „Bonds“ (Anleihestücken) erfolgen sollte. Nach dem jetzt vorliegenden Gesetzentwurf soll die Zahlung grundsätzlich in barem Gelde erfolgen.

Die Gründe des amerikanischen Entschlusses.

Die Annahme des Gesetzentwurfes durch die beiden amerikanischen Kammern (Abgeordnetenhaus und Senat) läßt sich zwar noch nicht mit absoluter Sicherheit voraussagen. Es ist aber, bei der Haltung der öffentlichen Meinung in den Vereinigten Staaten, mit einiger Sicherheit zu erwarten, daß die Politik des Wohlwollens und der Verständigung auch in diesem Punkte siegreich sein wird, um entsprechend dem Geiste des Dawes-Planes, die Zwangsmaßnahmen aus der Kriegszeit abzubauen und durch neue Formen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Verständigung zu ersetzen. Ohne die Bereinigung der politischen Atmosphäre, die im Verlauf der letzten zweieinhalb Jahre durch den Sieg des Gedankens der „Erfüllungspolitik“ trotz großer Widerstände erreicht worden ist, wäre die Arbeit der deutschen Unterhändler kaum in Gang gekommen, geschweige denn von Erfolg gewesen. Das mögen sich vor allem auch diejenigen Teile des politisch-reaktionären Unternehmertums gefast sein lassen, denen heute durch die Rückgabe ihres Eigentums eine große und unerhoffte Vermögensvermehrung in den Schoß fällt! Und es darf auch nicht verschwiegen werden, daß verschiedene dieser Unternehmer die Verhandlungen des deutschen Unterhändlers, des Reichskommissars beim Gemischten Schiedsgericht in Washington Dr. Wilhelm Riehelbach-Hamburg, verschiedene Male bis zum äußersten erschwert haben, indem sie verachteten, durch Bestechung der amerikanischen Vermögensverwalter sich Sonderprivilegien zu verschaffen. Das hat in der amerikanischen Öffentlichkeit naturgemäß das größte Aufsehen erregt und eine Mißstimmung gegenüber der berechtigten deutschen Ansprüche erzeugt.

Für die deutsche Arbeiterklasse ist die Freigabe der deutschen Vermögen nicht etwa nur eine Angelegenheit, die, abgesehen von dem moralischen Erfolg der von ihr vertretenen Erfüllungspolitik, lediglich die beteiligten Unternehmer und die Aktienbesitzer von „Freigabegewinnen“ angeht, die in der Steigerung der Aktienkurse seit Dezember bereits aus dem Zustandekommen des Mellon-Planes einen greifbaren Vermögensvorteil eingekauft haben. Tatsächlich bedeutet der Zuwachs an Kapital, den die einzelnen Unternehmungen erfahren haben, neuen Vorteil für die gesamte Volkswirtschaft. Es ist dabei fast gleichgültig, ob die deutschen Vermögensbesitzer zunächst in Amerika verbleiben oder ob direkte Rückzahlungen stattfinden. In jedem Falle hat die deutsche Wirtschaft einen

Kapitalzuwachs von mehr als einer Milliarde Mark

zu gewärtigen, der, ob nun direkt „flüssige Kapitalien“ nach Deutschland fließen oder, durch Liquidation oder Beilegung des in Amerika verbleibenden Besitzes, jederzeit nach Deutschland übertragen werden können, um zur Verstärkung der Betriebsmittel zu dienen, für die Gesamtheit der Wirtschaft von der höchsten Bedeutung ist. Der Vermögenszuwachs aus der Beschlagnahmtefreigabe stellt außerdem eine wirkliche Kapitalvermehrung dar. Eine Milliarde Goldmark: das ist etwa so viel, wie die Summe, um die sich das deutsche Volkvermögen in den fünfzigsten Jahren vor dem Kriege jährlich vermehrte, — also (soviel, wie der Jahresreinertrag aus der größeren, kapitalkräftigeren und ungesättigter arbeitenden Volkswirtschaft des reichen Deutschlands im Frieden. Der Ertrag, der heute aus der Vermehrung der Kapitalbasis um diese Milliarde zu ziehen ist, muß auf 60 bis 80 Millionen beziffert werden. Um diese Summe vergrößert sich also das Volkseinkommen Deutschlands, wenn die Freigabe Gesetz wird; ein Erfolg der Verständigungspolitik also, der sich sehen lassen kann.

deren Wechsel bei der Reichsbank diskontiert werden, fällt die Verringerung der Zinslast stärker ins Gewicht; hier beträgt sie ja ein volles Achteil.

Aber diese Berechnung trifft noch nicht den Kern der Sache. In Wirklichkeit sind ja die meisten Unternehmungen gleichzeitig Kreditnehmer und Einleger, d. h. sie haben gleichzeitig Kredite laufen und Gelder in laufender Rechnung bei ihrer Bank als Guthaben. Die wirklichen Kreditkosten für sie ergeben sich also aus der Differenz der Zinsen, die sie bei Inanspruchnahme von Kredit zu zahlen haben, und derjenigen Zinsen, die ihnen für ihre Einlagen vergütet werden. Diese „Spanne“ zwischen den Debet- und Kreditzinsen, die von den Banken berechnet werden, ist also der entscheidende Unkostenfaktor. Und hier ist festzustellen, daß — infolge der angekündigten Zinsenkung für Einlagen — um 1 Proz. (für Scheckkonten auf 3 Proz., für Einlagen in provisionspflichtiger Rechnung auf 3½ Proz.) die Spanne gleichbleiben wird. Sie wird sich nach wie vor für die verschiedenen

Arten der Einlagen auf 6,9 bzw. 7,4 Proz. stellen. In dieser Höhe besteht also die faktische Zinsbelastung der Wirtschaft unverändert weiter — nun schon seit dem 1. Oktober 1925. Im Januar 1925, März 1925 und zum 1. Oktober 1925 sind zwar kleine Verringerungen dieser Spanne erfolgt. Trotzdem besteht die Tatsache, wie nun auch von der grundtätig bankenfreundlichen bürgerlichen Presse nachdrücklich hervorgehoben wird, daß bei allem „Abbau“ der Zins- (und Provisions)sätze die Banken ein recht gutes Geschäft gemacht haben. Vergleicht man nämlich Haben-Zinsen mit den Soll-Zinsen, so ergibt sich, daß vor einem halben Jahr noch die letzteren wenig mehr als das Doppelte der ersteren betragen, während sie nunmehr auf das Dreieinhalbfache gestiegen sind — als Folge der gleichgebliebenen „Spanne“ bei absoluter Verminderung beider Sätze. Die Banken, die wie es ja das Normale ist, ihre Einlagen ausleihen, erhalten also heute nicht mehr den doppelten, sondern den dreieinhalbfachen „Preis“ für ihre „Ware“, wenn man vom „Einlandspreis“ ausgeht. Das ist eine Gewinnspanne, die auf allen Warenmärkten als unerhört hoch bezeichnet würde und die selbst im Geldgeschäft, wenn man auch die Notwendigkeit zur Erwirtschaftung der Unkosten des „Apparats“ anerkennt, als ungeheuerlich zu bezeichnen ist, weil sie die gesamte Wirtschaft drückend belastet.

Zweimonatsbilanzen der Banken.

Die Zweimonatsbilanzen der deutschen Banken für Ende Februar sind nach viermonatiger Unterbrechung soeben erschienen. Soweit, wie es bei allen Großbanken der Fall ist, ein Vergleich der Zahlen vom Jahresende bis Ende Februar möglich ist, ergeben sich nur ganz geringfügige Veränderungen. Auf der Passivseite haben die Einlagen nur noch wenig zugenommen, wobei eine leichte Verschiebung nach der Richtung der langfristigen Einlagen hin festzustellen ist. Stärker ist das Wachstum bei den Posten Guthaben deutscher Banken und Bankiers. Auf der Aktivseite sind die flüssigen Anlagen erster Ordnung (Kasse, Geldsorten, Bankguthaben) stark zurückgegangen. Die Anlage in Wechseln und Schecks hat sich ebenfalls, entsprechend der größeren Zurückhaltung der Unternehmungen in der Depressionszeit, etwas verringert. Dagegen sind die Kredite im Lombardgeschäft stark angewachsen, was eine Folge der Belebung an den Börsenmärkten ist; die Mehrzahl dieser Kredite wird ja gegen Hinterlegung von Wertpapieren gewährt. Entsprechend zeigt sich eine Zunahme in dem Posten der bankeigenen Wertpapiere. Auch im Kontokorrentgeschäft haben sich die Kredite um ein geringes erhöht.

Gegenüber den letzten Zweimonatsbilanzen vom Oktober 1925 zeigt sich eine Zunahme der wichtigeren Bilanzposten (Debitoren und Kreditoren) um etwa 20 bis 25 Proz. Diese Ausweitung des Geschäftes ist aber fast ausschließlich in den beiden Monaten bis zum Jahreschluß erfolgt, während seitdem die allgemeine Depressionszeit eine fast völlige Stodung mit sich gebracht hat. Die Liquiditätsverhältnisse bei den Großbanken haben sich, entgegen den Erwartungen, seit Jahreschluß fast überall noch um ein geringes verschlechtert.

Die Haufe an der Berliner Börse. Plante in New York.

Die Haufebewegung an der Berliner Börse, die wir in unserem gestrigen Bericht verzeichnet haben, ist umso auffälliger, als gleichzeitig in New York seit Tagen eine andauernde Baufbewegung zu beobachten ist. Während in New York hauptsächlich geldpolitische Maßnahmen — die Bundesreservebank sucht einer weiteren Vermehrung des Anlagekapitals entgegenzuwirken — für die Entwicklung entscheidend waren, sind die Gründe der jetzigen deutschen Aktienhaufe vornehmlich in der Tatsache zu suchen, daß die Entspannung am deutschen Geld- und Kapitalmarkt den Erwerb von Aktien wieder ausfichtreich erscheinen läßt. Für diese Auffassung wird vor allem geltend gemacht, daß zahlreiche Aufträge aus der Provinz vorliegen, daß also das Interesse für die Anlage von Geldern in Industripapieren sich wesentlich gehoben hat. Hinzu kommt, daß die Bewegung durch Käufe des Auslandes unterstützt wird. Man will wissen, daß sich darunter auch Käufe des französischen Kapitals befinden, das bei dem fortgesetzten Sinken des Franken in ähnlicher Weise in die fremde Währung flüchtet, wie es zur Zeit des deutschen Marktzusammenbruchs bei uns beobachtet werden konnte. Schließlich sind dauernd die internationalen Gesellschaften am Werke, die zum Ankauf deutscher Aktien gegründet worden sind, und die natürlich die Anweisung zu einer Kursbesserung sich nicht entgehen lassen, um Gewinne zu erzielen.

Auffallend ist, daß die Haufe am deutschen Aktienmarkt sich auf weitaus die meisten deutschen Industrieaktien erstreckt, wenn natürlich auch die im Mittelpunkt des Interesses stehenden Werte der Großindustrie im allgemeinen bevorzugt werden. Diese letzteren konnten Kursgewinne von 5 Proz. und darüber erzielen, daß dabei auch die Papiere der großen Montanunternehmungen besonders begehrt sind, das zeugt dafür, wie wenig das Privatkapital sich aus den Klagen der Schwerindustrie über den schlechten Geschäftsgang macht und welche Erwartungen es an die Gründung des Montantrusts knüpft.

Die Höhe der Zinslasten.

Keine Verringerung der Zinspanne.

Die Herabsetzung des Reichsbankdiskonts von 8 auf 7 Proz. ist offensichtlich mit der Begründung begründet worden, daß damit eine Ermäßigung der von den Kreditnehmern zu zahlenden Zinsen um 1 Proz. verbunden sei. Diese Anschauung ist nicht ganz zutreffend. Die Zinsen, die von der Mehrzahl der Unternehmungen für Kredite an die Banken gezahlt werden müssen, stellen sich bisher für die verbreitetste Form des Kredits (den Kontokorrentkredit) auf 11,4 Proz. jährlich — nämlich 1 Proz. über Reichsbankdiskont und ¼ Proz. je Monat (gleich 2,4 Proz. aus Jahr) „Provision“. Wenn also jetzt, nach der Diskontermäßigung, der Zinssatz für Kontokorrentkredite von 11,4 auf 10,4 Proz. ermäßigt worden ist, so bedeutet das eine Verringerung der Zinslasten um noch nicht einmal 1/10 der bisherigen Höhe. Nur für einen relativ kleinen Kreis von Kreditnehmern, nämlich diejenigen Unternehmungen,

SALAMANDER-SCHUHE ZUM OSTERFEST

Es ist der Wunsch eines jeden, für die Festtage neue Salamander-Schuhe zu besitzen. Salamander-Schuhe sind schön, gut und preiswert.

Beachten Sie besonders die Preislagen
12⁵⁰ 14⁵⁰ 16⁵⁰



SALAMANDER

